

DEBATTE Nr. 8

Mai 2004

5 Franken

● **SCHÖNE NEUE BILDUNGSPOLITIK?**
You get what you pay for

● **LÜGENGESCHICHTEN RUND UM DIE AHV**
Bundesrat und Unternehmer greifen die Renten an

● **ABSTIMMUNGEN VOM 16. MAI**
Ein Angriff auf die Lohnabhängigen

● **AUFSTAND IM IRAK**
Wachsender Widerstand
gegen die neokoloniale Unterwerfung

Ein Aktionsprogramm der Herrschenden

Die drei Vorlagen, die am 16. Mai zur Abstimmung kommen (11. AHV-Revision, Steuerpaket, Erhöhung der unsozialen Mehrwertsteuer), stellen eine neue Etappe in der Offensive des Kapitals und der Regierung gegen die Lohnabhängigen dar. Die Steuerbelastung soll noch viel stärker als bisher von den Privilegierten und den Superreichen auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden (u. a. durch den Abbau der progressiven Besteuerung bei der direkten Bundessteuer und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer), die Sozialversicherungen werden frontal angegriffen, der Service Public wird für die Marktöffnung und Privatisierung seiner rentabelsten Bereiche kaputt saniert. Die Bewegung für den Sozialismus (BFS) ruft die Stimmberechtigten dazu auf, am 16. Mai dreimal Nein zu stimmen und sich dafür an den 1. Mai-Kundgebungen zu mobilisieren.

Diese Massnahmen sind in eine langfristig angelegte, kohärente Offensive der Wirtschaftsführer und ihres politischen Personals in Parlament und Regierung eingebettet. Sie streben eine tief greifende Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit an. Die erste Etappe dieses Programms wurde bereits mit den „Weissbüchern“ von 1991 und 1995 eingeleitet. Die wachsende Arbeitslosigkeit wurde für die Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse ausgenutzt, der Service Public wurde in Frage gestellt, die Angleichung der Arbeits-

bedingungen der Lohnabhängigen des öffentlichen und privaten Sektors nach unten wurde – insbesondere was Entlassungsmöglichkeiten betrifft – ebenfalls vorangetrieben (Abschaffung des Beamtenstatus).

In der vergangenen Legislaturperiode (1999-2003) hat Finanzminister Kaspar Villiger bereits ein brutales Sparprogramm und Steuervergünstigungen zu Gunsten der „Wirtschaft“ durchgesetzt. Rechtsgerichtet ist die Politik des Bundesrats nicht erst seit der „Patriarchenwahl“ vom 10. Dezember 2003.

Zwei vor wenigen Wochen vorgestellte Dokumente des Bundesrats – der Bericht über die Legislaturplanung 2003-2007 und das Massnahmenpaket zur Wachstumspolitik – enthalten die Konturen eines richtigen Aktionsprogramms der Regierung im Interesse der herrschenden Klasse. Im Zentrum steht dabei weiterhin das Ziel eines Wirtschaftswachstums, das unlöslich an die ökonomische und gesellschaftliche Dynamik des Kapitals gebunden ist. Wie zu erwarten war, finden wir hingegen keine Überlegung zu öffentlichen Eingriffen in die „Wirtschaft“, und insbesondere zur Frage, welche soziale Kraft – eine kleine Minderheit von Kapitalisten oder die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen – die Bedürfnisse, Ziele und Inhalte des Wirtschaftswachstums bestimmen soll. Verbesserungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Standortbedingungen für die Unternehmen (zum Beispiel im Steuerbereich) bleiben Eckpfeiler für die kommenden Jahre.

Die soziale Stabilität, das heisst Arbeitsfrieden und Sozialpartnerschaft gekoppelt mit Arbeitsmarktflexibilität und Standortvorteilen im Steuerwettbewerb, soll gefördert werden. Im Legislaturfinanzplan werden ein „Sanierungsbedarf“ von rund 2,5 Milliarden Franken Ausgabenkürzungen bis 2007 und das Festhalten an der Schuldenbremse bestätigt.

Vier Beispiele von Botschaften, die bereits in diesem Jahr anstehen, zeigen den „Geist“ des Aktionsprogramms der Herrschenden deutlich auf (Auszüge aus der Pressemitteilung zum Wachstumspaket): Da ist einmal die Rede von einer „wettbewerbssorientierten KVG-Revision“ (Krankenversicherung) mit der „Förderung von öko-

nomischen Anreizen im Gesundheitswesen, wobei Massnahmen in den Bereichen (...) der Spital- und Pflegefinanzierung und der Kostenbeteiligung im Vordergrund stehen“. Dann geht es um die „Unternehmenssteuerreform“ und eine „steuerliche Entlastung des Risikokapitals.“ Weiter werden die „Beseitigung des strukturellen Defizits des Bundes und die Eindämmung des Wachstums der Staatsquote“ angestrebt. Und auch die Invalidenversicherung soll revidiert werden, und zwar durch die „Eingliederung temporär arbeitsunfähiger Personen mittels eines Systems der Früherkennung, die Einführung von befristeten Renten mit Verpflichtung der Versicherten, aktiv zum Verbleib oder zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsprozess mitzuwirken, sowie den Einbezug der Sozialpartner in den Vollzug“ (sic!). Dass „Erhöhungen der Mehrwertsteuer bevorstehen“, gilt ebenfalls bereits als sicher.

Die Begleitmusik zu solchen Massnahmenpaketen auf Bundesebene sind entsprechende Kahlschlagprogramme, wie sie zurzeit der Kanton Zürich brutal und exemplarisch vorführt.

Diese Politik fügt sich auch in ein internationales Umfeld ein: Kahlschlag, Sozialabbau und Rentendemontage stehen in allen kapitalistischen Ländern auf der Tagesordnung. Die EU-Osterweiterung vom 1. Mai wird den sozialen Krieg der Herrschenden gegen die Lohnabhängigen verschärfen. Den brutalsten Ausdruck eines Systems, das diesen sozialen Krieg braucht, um sich zu erhalten, stellt der offene imperialistische Krieg dar, dessen blutige Grausamkeit zurzeit im Irak einen Höhepunkt erreicht.

Die Massendemonstrationen in Deutschland und in anderen Ländern am Aktionstag gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit vom 3. April waren ein Moment des Widerstandes und somit der Hoffnung. Sie werfen auch in der Schweiz die Frage nach einer notwendigen, nationalen Mobilisierung gegen diese unsoziale Politik auf: Eine Mobilisierung, welche die Widerstände (z. B. der Frauen, der MalerInnen und GipserInnen, der StudentInnen, der SchülerInnen, der LehrerInnen, usw.) zu bündeln vermag.

Marco Feistmann

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Abstimmungen vom 16. Mai	
3 mal nein zur unsozialen Politik des Bundesrates!...	3
Renten	
Dossier zu den Gegenreformen bei der Altersvorsorge.....	7
Perspektiven nach dem 8. März	
Der Frauenaufbruch muss weiter gehen	18
Hochschulen	
Wirtschaftsführer bitten StudentInnen zur Kasse	21
Irak	
Ein nationaler Widerstand.....	24
Agenda	32

3 x Nein zur unsozialen Politik des Bunderates!

Am 16. Mai 2004 legt der neu-alte, um Blocher und Merz ergänzte Bundesrat drei Vorlagen zur Abstimmung vor, die zusammengenommen einen umfassenden Angriff auf die Lohnabhängigen enthalten: die 11. AHV-Revision, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Finanzierung von AHV/IV sowie ein Paket von Massnahmen bei der direkten Bundessteuer. Finanzminister Merz und „Sozialminister“ Couchepin behaupten, damit mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen, die Finanzierung der Renten zu sichern und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Das Gegenteil ist der Fall. Der folgende Artikel gibt einen Überblick zu den Abstimmungsvorlagen (zur AHV vgl. auch den Hintergrundbeitrag von Jean-François Marquis in dieser Nummer). (Red.)

Lothar Moser

Mit der 10. AHV-Revision (1997) wurde das Rentenalter der Frauen von 62 auf 64 Jahre erhöht. Um dies durchzusetzen, hatte Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) damals versprochen, die 11. AHV – Revision werde das flexible Rentenalter für alle bringen.

Wir wissen es mittlerweile besser. Der Angriff auf die Renten geht mit der Vorlage zur 11. AHV-Revision unvermindert weiter. Die herrschenden Kreise fordern in der Vorlage den Abbau von Rentenleistungen in der Höhe von beinahe einer Milliarde Franken pro Jahr: 445 Millionen durch die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre,

250 Millionen durch die Kürzungen der Witwenrenten und 150 Millionen Franken durch die Verlangsamung der Teuerungsanpassung¹.

Parallel zum Angriff auf die Renten präsentieren die Herrschenden das Steuergeschenkpaket für die Reichen, sowie die Vorlage zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. Alle drei Projekte verfolgen dasselbe Ziel: eine Umverteilung des Reichtums von unten nach oben.

Rentenalter 67 Jahre?

Seit den neunziger Jahren hat die Verunsicherung der Lohnabhängigen über ihre ökonomische Lage im Alter spürbar zugenommen. Sie wird durch den Bundesrat und interessierte Kreise bewusst geschürt und hat mit den Forderungen von Bundesrat Couchepin (FDP), das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen und den Mischindex abzuschaffen, einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Unterstützt wird Couchepin unter anderem vom Schweizerischen Gewerbeverband (SGV). „Im Rahmen der 12. AHV-Revision, muss die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre beschlossen werden“, erklärte SGV-Vizedirektor Kurt Gfeller anlässlich einer Pressekonferenz². Zudem müsse man von der Vorstellung Abschied nehmen, dass die Löhne im Verlaufe des Erwerbslebens (Dienstalter) kontinuierlich anzusteigen hätten. Gleichzeitig will der SGV die wachsende Zahl von IV-RentnerInnen mit einschneidenden Massnahmen stoppen: Schluss mit lebenslangen Renten, lautet dabei unter anderem das Rezept.

Die Katastrophenprognosen des Bundesrates bezüglich der Finanzierbarkeit der AHV haben sich jedoch noch nie bewahrheitet. Im Jahr 2000, in der Botschaft zur 11. AHV-Revision hat der Bundesrat, gestützt auf die IDAFiSo-Zahlen³, für 2000 ein negatives Resultat von 40 Millionen Franken vorhergesagt. Das effektive Resultat lag dann bei positiven 1'070 Millionen. Für das Jahr 2003 hat sich der Bundesrat sogar um 3 Milliarden Franken „verschätzt“.⁴

Geld ist genug da

Seit ihrer Entstehung im Jahre 1948 schrieb die AHV beinahe immer schwarze Zahlen. Die wenigen Defizitjahre beschränken sich auf die Zeit der Ölkrise in den siebziger Jahren und auf drei Jahre am Ende des 20. Jahrhunderts. Defizite über 500 Millionen gab es nur 1978, 1997 und 1998. Dagegen hat die AHV in 20 Jahren Überschüsse von über 500 Millionen ausgewiesen, in einzelnen Jahren sogar von über 2 Milliarden.

Hinzu kommt, dass die Menge des produzierten Reichtums, also das, was für Renten und Gewinne zur Verfügung steht, durch die massive Steigerung der Produktivität der Arbeit sehr stark gewachsen ist und weiterhin wächst. Ein bestimmtes Mass an Reichtum wird von immer weniger und immer weniger lang arbeitenden Menschen erbracht – unter anderem auch als Folge der steigenden Arbeitslosigkeit. Jede und jeder Erwerbstätige produziert heute doppelt so viel wie vor 30 Jahren. Dadurch liessen sich nicht nur die steigende Lebenshaltung der Erwerbstätigen, sondern auch die Einkommen der „Nichterwerbstätigen“, das heisst der Rentner und der Bezüger Kapitaleinkommen, finanzieren. Die Gewinnsteigerungen der letzten Jahre haben gezeigt, wohin das Geld „verschwunden“ ist. Jede Lohnerhöhung unterhalb des Anstiegs der Produktivität bedeutet eine Senkung der Lohnquote, das heisst des für Löhne und Renten zur Verfügung stehenden Anteils am Gesamteinkommen. ▶

DEBATTE

Postfach 8707, 8036 Zürich • E-mail: debatte@bluewin.ch • <http://www.debatte.ch> • PCK 87-65158-5

Preis Einzelnummer: 5.- • Abo 10 Ausgaben: 40.- • Unterstützungsabo: ab 75.-

Herausgeber und Redaktion: R. Krauer, M. Feistmann, P. Streckeisen

Druck und Layout: CODIS, Lausanne

Debatte wird von der Bewegung für den Sozialismus (BFS) unterstützt

www.debatte.ch

BEWEGUNG FÜR DEN
SOZIALISMUS (BFS)

BFS Zürich, Pf 8707, 8036 Zürich

BFS Basel, Pf 2002, 4001 Basel

BFS Bern, Pf 129, 3000 Bern 23

BFS-MPS Freiburg, Pf 65, 1700 Freiburg

Die Unternehmen wollen nicht, dass die Renten zu Lasten der Gewinne finanziert werden: Dieses Interesse steht im Zentrum der bürgerlichen Propaganda zur Zukunft der Altersvorsorge.

In der Bundesverfassung (Artikel 112) steht unmissverständlich geschrieben: Die Renten müssen den Existenzbedarf angemessen decken. Doch über die Hälfte aller Personen, die in einem Rentnerhaushalt leben, verfügen über ein Gesamteinkommen von unter 3'470 Franken monatlich. Dies zeigt die Bedeutung der AHV-Rente, die heute zwischen 1'055 und 2'110 Franken für Alleinstehende und 2'110 bis 3'165 Franken für Ehepaare beträgt und damit deutlich unter dem Existenzminimum liegt.

Die 11. AHV-Revision geht erneut zu Lasten der Frauen

Wie schon bei der 10. sind auch bei der 11. AHV-Revision die Frauen besonders betroffen. Im Jahr 2000 betrug die durchschnittliche AHV-Rente für Frauen 1'663 Franken pro Monat. Die durchschnittliche Rente aus der 2. Säule (Pensionskasse) lag für Frauen bei 1'337 Franken. Jede zweite Frau mit einer Rente aus der 2. Säule erhielt weniger als 833 Franken. 500'000 erwerbstätige Frauen (28 %) sind bei der 2. Säule gar nicht versichert, weil sie „zuwenig verdienen“ (Koordinationsabzug). Nun sollen die Frauen nochmals ein Jahr länger arbeiten müssen, es sollen ihnen die Witwenrenten massiv zusammengekürzt werden, und sie werden die Änderungen beim Mischindex besonders stark zu spüren bekommen. Diese Massnahmen gehen von denselben Kreisen aus, die auch die Mutterschaftsversicherung, die Finanzierung der Kinderkrippen und die Löhne der Frauen angreifen.

Die Krise, die leeren Kassen und das Steuerpaket

Spätestens seit Anfang der 70er Jahre befindet sich die kapitalistische Wirtschaft in einer langen Phase verlangsamten Wachstums. Dadurch hat sich die Konkurrenz im Industrie- und Bankensektor der Industrieländer und zwischen den einzelnen Volkswirt-

schaften verschärft. Im Gefolge dieser Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat sich eine „neoliberale“ Politik des Abbaus durchsetzen können, welche sich den Angriff auf die seit Ende des 19. Jahrhunderts von den Lohnabhängigen und der ArbeiterInnenbewegung errungenen sozialen Fortschritte auf die Fahne geschrieben hat. In der Finanzpolitik verfolgen das Bürgertum beharrlich und zielbewusst die so genannte Politik der leeren Kassen mit dem Ziel, den Staat in eine dauerhafte Finanzkrise zu manövrieren. Im Strudel der wirtschaftlichen Rezession wälzen die Herrschenden die Kosten für Steuergeschenke an die Reichen und die stiegende Profite der Bosse auf die lohnabhängige Bevölkerung ab. Die Rezepte lauten in allen Ländern gleich: Erhöhung des Rentenalters (trotz steigender Arbeitslosigkeit, Senkung der Rentenbezüge, massivem Abbau bei den Leistungen der öffentlichen Hand, Privatisierungen, brutalem Abbau des Schutzes bei Erwerbslosigkeit) und Umbau des Steuersystems: weg von den progressiven Einkommenssteuern, hin zu mehr indirekten Steuern. Dies alles zulasten der Lohnabhängigen. Alle drei Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai stehen unter diesen Vorzeichen.

Für die herrschende Klasse hat diese Politik viele Vorteile. Sie schafft durch die Behauptung der Finanzkrise ein günstiges ideologisches Klima für den Abbau von „Sozialstaat“ und Service Public. Das durch Steuergeschenke an die Reichen geschaffene Defizit erweist sich als geeignetes Druckmittel, um den Staat schrumpfen zu lassen. Darunter verstehen die Kapitaleigner einerseits die Reduzierung von Ausgaben, die ihnen keinen direkten Nutzen bringen, wie Ausgaben für Soziales, Bildung, Kultur etc. Andererseits wollen sie die Privatisierung einträglicher Staatsgeschäfte durchsetzen und so die Investitionsmöglichkeiten für ihr Kapital erweitern. Darüber hinaus erlaubt es diese Defizitpolitik, das Steuersystem fortlaufend umzuändern, wobei ein enormer Transfer der Steuerbelastung von den Kapitalbesitzern auf die Lohnabhängigen stattfindet.

Nur die Reichen profitieren

Die Haushalte mit mittleren und tiefen Einkommen mussten in den letzten 10 Jahren empfindliche Einkommenseinbussen einstecken. Laut Strukturbericht Nr. 12/2002 des Seco⁵ ist das verfügbare Einkommen (Einkommen abzüglich Sozialversicherungsbeiträge, direkte und indirekte Steuern, Miete und Krankenkassenprämien) der Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen um über 12 % gesunken, während die reichen Haushalte (die reichsten 10 %) ihr Einkommen um 12 % steigern konnten. Das Schema der Umverteilung von unten nach oben wird mit diesem Steuerpaket weitergeführt. Durch die Steuergeschenke werden die Reichen noch reicher.

Der Einnahmefall von über 5 Milliarden Franken führt unweigerlich zu einer Weiterführung der rigorosen Sparpakete und des Leistungsabbaus auf Bundes- und Kantonsebene. Die Zeche werden die Lohnabhängigen und BenutzerInnen der öffentlichen Dienste bezahlen.

Mehr oder weniger schlecht als „Steuerentlastungsprogramm für Familien“ getarnt, entpuppt sich die Vorlage zur Ehe- und Familienbesteuerung einmal mehr als Geschenk an die Reichen und Besitzenden und wird die Lohnabhängigen und ihre Familien teuer zu stehen kommen. Um etwa 2.2 Milliarden Franken sollen vor allem die Reichen steuerlich entlastet werden. Auf eine Oberschicht von 5.4 % (228'000) der Steuerpflichtigen werden 62.4 % der Steuerentlastungen verteilt (durchschnittlich 3'947 Fr.). Alleine die 1.4 % Steuerpflichtigen mit einem Bruttoeinkommen von über 230'000 Franken werden durchschnittlich 7'500 Franken weniger an Bundessteuern bezahlen und nehmen damit einen Drittel des gesamten Steuergeschenks für sich in Anspruch. Die überwiegende Mehrheit von rund vier Millionen Steuerpflichtigen (94.6 %) müssen die verbleibenden 37.6 % unter sich aufteilen (durchschnittlich 135 Fr.).

Von wegen Steuererleichterungen für Familien: Die Einkommensklassen, in welchen die meisten Kinder leben, kom-

men überhaupt nicht in den Genuss von Steuererleichterungen, weil sie heute schon keine direkte Bundessteuer bezahlen. Eine Untersuchung des BASS⁶ zeigt, dass über die Hälfte aller Kinder in Familien mit einem Bruttoeinkommen von unter 90'000 Franken leben. Die Steuerentlastung, die das Steuerpaket für diese Familien vorgesehen hat, beträgt höchstens 350 Franken. Die Studie zeigt weiter, dass drei Viertel aller Kinder in Haushalten mit einem Bruttoeinkommen von unter 120'000 Franken jährlich aufwachsen. Auch hier bedeutet die Steuerentlastung von ein paar hundert Franken pro Jahr keine entscheidende Entlastung. Ab einem Haushaltseinkommen von 200'000 Franken hingegen beginnen die Steuererleichterungen in Höhe von rund 4'000 Franken einzuschenken – sie kommen allerdings nicht vielen Familien zu gute, leben doch in diesen Haushaltskategorien nur gerade 6 % aller Kinder. Nicht genug, das Steuerpaket begünstigt vor allem wohlhabende Ehepaare ohne Kinder, und dies in einem weit grösseren Ausmass als die reichen Familien mit Kindern. Damit greift auch das Argument der Familienförderung ins Leere.

Steuergeschenke an Villenbesitzer und weitere Abbauprogramme

Mit den Steuerausfällen von gegen 1.8 Milliarden Franken, welche die Änderung der Wohneigentumsbesteuerung zur Folge hat, werden vor allem reiche Villenbesitzer beschenkt. Die Ungleichheit zwischen MieterInnen und WohneigentümerInnen wird weiter vergrössert. Neben den weiterhin geltenden, ungerechten Abzugsmöglichkeiten für Schuldzinsen und Unterhaltskosten in unbeschränkter Höhe (!) wird ein Bausparabzug (bis 24'000 Franken jährlich für Paare) eingeführt. Die Ausgaben des Bundes für den sozialen Wohnungsbau wurden hingegen erst gerade wieder gekürzt.

Einen Abbau von 9 Milliarden Franken am Service Public sehen die aktuellen Pläne des Bundes sowie von 14 Kantonen und 3 Halbkantonen vor. 8'200 Vollzeitstellen beträgt der damit verbundene Personalabbau beim Bund



und den Kantonen. Die Auswirkungen dieses Kahlschlags kennen wir alle: Abbau bei den sozialen Leistungen, Kürzungen im Bildungsbereich und Leistungsabbau im Gesundheitswesen. Dabei sind die Auswirkungen des Steuerpakets bei diesen Abbauplänen noch gar nicht einberechnet. Sie werden Anlass für weitere Abbaumassnahmen sein und dann einen bereits ausgebluteten Service Public treffen.

Indirekte Steuern, gestern und heute

Seit einer Rede von Ferdinand Lassalle (1825-1864) vor dem Berliner Kammergericht steht die Aussage im Raum: Indirekte Steuern haben eine Regressionswirkung zur Folge. Anders gesagt werden untere Einkommenschichten (zugunsten der oberen Einkommenschichten) durch indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer besonders stark belastet.

Eine Mehrwertsteuererhöhung bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich. Ursache hierfür ist die unbestrittene Tatsache, dass Einkommensschwache einen grösseren Anteil ihres Einkommens für den Konsum verwenden müssen als Bezieher hoher Einkommen.⁷ Wohl deshalb meint Thomas von Ungern, Professor an der

Universität Lausanne: „Der Charme der Mehrwertsteuer liegt für einen Freisinnigen darin, dass sie die Armen besonders trifft“⁸. Es handelt sich um eine eigentliche Armensteuer.

Die sozialen Defizite der Umsatzsteuer waren in Deutschland bereits 1919 bekannt, deshalb sah der Paragraph 14 des Gesetzes über die Umsatzsteuer vor, „dass aus dem Aufkommen der Umsatzsteuer eine Vergütung an die Bezieher geringer Einkommen zu zahlen sei“. Damit sollte die antisoziale Wirkung der Umsatzsteuer ausgeglichen werden. Diese Bestimmung wurde bereits im März 1920 wieder gestrichen. Nicht weil sie unnötig geworden wäre, sondern weil sich im Parlament die Vertreter des Kapitals durchgesetzt hatten.

Die Mehrwertsteuer als Basis für Steuergeschenke an die Reichen

Am antisozialen Charakter der Mehrwertsteuer hat sich bis heute nichts verändert, im Gegenteil: Jede Erhöhung des Steuersatzes verstärkt die Umverteilungswirkung. Studien aus Frankreich und Deutschland über die Belastung der verschiedenen Einkommenschichten durch die Mehrwertsteuer⁹ zeigen, dass die relative Belastung der niedrigsten ▶

Einkommen rund doppelt so hoch ist wie die Belastung der hohen Einkommen. Während die Einkommenssteuer sich explizit am Leistungsfähigkeitsprinzip orientiert und durch den progressiven Tarif und gezielte Freibeträge (z.B. für kinderreiche Familien) ansatzweise Umverteilungselemente zugunsten der niedrigen Einkommen enthält, ist die Mehrwertsteuer als reine Konsumsteuer nur mittelbar von Einkünften und Familienkontext abhängig. In einem Kilo Brot oder einem Pfund Butter steckt für einen Sozialhilfeempfänger wie für einen Millionär derselbe Frankenbetrag an Mehrwertsteuer. Das ist es, was für die Reichen und Herrschenden den Reiz der Mehrwertsteuer ausmacht. Für sie ist es das erklärte Ziel, die direkte Bundessteuer mit ihrer progressiven Wirkung zugunsten einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer indirekter Steuern abzuschaffen. Eine weitere Etappe dieses Umbaus des Steuersystems steht mit der Mehrwertsteuervorlage vom 16. Mai an. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 7.6 % auf 9.4 % würde die prekäre Lage der Lohnabhängigen noch zusätzlich verschlechtern. Sie trifft diejenigen am härtesten, die für ihr Geld nicht Aktien (der Kapitalmarkt, das heisst die Welt der Banken und Versicherungen ist von der Mehrwertsteuer befreit), sondern lebensnotwendige Dinge wie Nahrung und Kleider kaufen. Statt der Bosse werden die SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslosen und ArbeiterInnen zur Kasse gebeten. Ein Haushalt mit einem Bruttoeinkommen von 80'000 Franken pro Jahr würde bei Annahme der Vorlage 768 Franken pro Jahr an Kaufkraft verlieren¹⁰. Dies zusätzlich zu den bereits in Schwindel erregende Höhe gestiegenen Krankenkassenprämien, zu den unzähligen Abgaben und Gebühren, welche in den letzten Jahren unter dem Motto des „Verursacherprinzips“ auf die Lohnabhängigen abgewälzt wurden (Kehrichtmarken, usw.) und immer denselben Charakter haben: sie kosten die Menschen mit den niedrigsten Einkommen gleich viel wie Millionäre und Milliardäre. Zudem bildet die Erhöhung der indirekten Steuern die Basis für die gigantischen Steuergeschenke an die Reichsten bei den direkten Steuern.

Wider besseres Wissen

Den antisozialen Charakter der Mehrwertsteuer scheinen auch die „offiziellen“ Vertreter der Arbeiter-

Innenbewegung erkannt zu haben. Zu Beginn dieses Jahres äusserte sich Serge Gaillard, der Generalsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), dazu wie folgt: „Alle sozialen Kosten der Krise wurden auf die Lohnabhängigen abgewälzt. Man hat die Mehrwertsteuer eingeführt, zwei Mal die Benzinsteuern erhöht und ohne Unterbruch die Krankenkassenprämien angehoben. Viele Haushalte haben als Folge davon einen Rückgang ihrer Kaufkraft erfahren. Deshalb scheint es uns vollständig falsch zu sein, einerseits den Paaren mit hohen Einkommen und den Immobilienbesitzern Steuergeschenke zu machen und andererseits die Mehrwertsteuer immer noch mehr zu erhöhen, was zu Lasten der Familien und der tiefen Einkommen geht.“¹¹ Noch deutlicher: „Erstens ist es sozial inakzeptabel, andauernd die Mehrwertsteuer zu erhöhen und gleichzeitig die direkten Steuern zu senken. Die Mehrwertsteuer belastet in erster Linie Familien und Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen. Die Senkung der direkten Steuern entlastet die Haushalte mit hohen Einkommen“.¹²

Uns brennt deshalb die Frage unter den Fingernägeln: Wie ist es möglich, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) trotz der korrekten Analyse ihres Generalsekretärs die Vorlage von Pascal Couchepin zur Erhöhung der Mehrwertsteuer unterstützt? Der SGB befindet sich mit seiner Position allerdings in der guten Gesellschaft von Michael Sommer, dem Bundes-

vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Dieser hatte sich an einer Veranstaltung des hessischen Gewerkschaftsbundes zum Sprecher der deutschen Unternehmer gemacht und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland von 16 % auf 18 % zum Zweck der Senkung der Lohnnebenkosten gefordert.

Auch die Sozialdemokraten stellen sich in ihrer Dokumentation zu den Abstimmungen vom 16. Mai noch die Frage, ob denn die Mehrwertsteuer nicht eine antisoziale Steuer sei. Sie bemängeln, dass die Mehrwertsteuer weniger progressiv als direkte Steuern sei und ganz tiefe Einkommen etwas mehr belastet als Lohnprozente, kommen aber zum Schluss, dass die Verwendung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der Sozialversicherungen die bei weitem sozialste Verwendung dieser Steuer sei¹³. Die Grünen Schweiz stimmen der Erhöhung der Mehrwertsteuer nur zähneknirschend zu.

Bisher hatten die „offiziellen Vertreter“ der ArbeiterInnenbewegung unter einer gerechten Steuer immer eine Steuer verstanden, die hohe Einkommen stärker belastet als niedrige – und gerade deshalb die Erhöhung von Massensteuern wie der Mehrwertsteuer abgelehnt. Mit ihrem Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer lassen SGB und SP bei dieser Gelegenheit auch die bürgerlich-keynesianische These fallen, eine Belebung der Wirtschaft erfordere vor allem eine Erhöhung der Massenkaukraft. ■

1 Nach dem sog. Mischindex werden heute die Renten der AHV/IV alle zwei Jahre an die Lohn- und die Preisentwicklung angepasst. Gemäss der 11. AHV-Revision soll diese Anpassung nur noch alle drei Jahre erfolgen.

2 10 Schritte zum Aufschwung, Pressekonferenz des Schweizerischen Gewerbeverbandes am 12. Februar 2004.

3 Interdepartementale Arbeitsgruppe: „Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen“.

4 Die AHV-Rechnung hat auch 2003 positiv abgeschlossen. Der Überschuss betrug fast 2 Mia Franken: Das ist rund 3 Mia Franken besser als der Bundesrat anfangs 2000 in seiner Botschaft zur 11. AHV-Revision für das Jahr 2003 prognostiziert hatte.

5. Strukturberichterstattung Nr. 12: Globalisierung und die

Ursachen der Umverteilung in der Schweiz. Analyse der strukturellen und sozialen Umverteilungen in den 90er Jahren in einem Mehrländergleichgewichtsmodell, März 2002

6. BASS, Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien, Bern

7. Familien in Baden-Württemberg – Familienbericht 1998. Nach diesem Bericht liegt die Konsumquote (als Anteil des privaten Verbrauchs an den ausgabenfähigen Einkommen für 1993) z.B. bei Einkommen von 2'000 – 2'500 DM für Ehepaare bei 97 %, bei Einkommen zwischen 10'000 – 25'000 DM nur noch bei 54 %.

8. *Le Matin*, 25. Mai 2003

9. Eine Studie des französischen nationalen Amtes für Wirtschaftsstatistiken (INSEE) aus dem Jahre 1997 zeigt auf, dass die Mehrwertsteuer 13 % der Einkommen einfacher

Haushalte verschlingt gegenüber 7 % der reichsten Haushalte.

Zu ähnlichen Resultaten gelangt auch die Studie „Welche Haushalte zahlen wie viel Mehrwertsteuer“ von Peter Jacobebbinghaus aus dem Jahre 2003 zur Situation in Deutschland. Auch da ist die Belastung der niedrigsten Einkommen durch die Mehrwertsteuer mit 9 % beinahe doppelt so hoch wie jene der hohen Einkommen mit 5 %.

10. *Blick* vom 2. März 2004

11. *Le Temps* vom 3. Januar 2004

12. Alte Fehler vermeiden – Investieren und sanieren statt Steuern senken. Serge Gaillard in *WOZ économique* Nr. 4 vom 26. März 2004

13. Medienkonferenz vom 22. März 2004 – Dokumentation – Eidgenössische Volksabstimmungen vom 16. Mai 2004 – Die SP eröffnet ihren Abstimmungskampf.

Scheinwahrheiten und Täuschungsmanöver

„Ich will nicht zu einem Swissair-Chef im Sozialbereich werden.“¹ Mit diesen Worten rechtfertigt Bundesrat Couchevin die Erhöhung des Rentenalters auf 66 im Jahr 2015 und auf 67 im Jahr 2025. Harte Massnahmen seien notwendig, um ein Grounding der Altersvorsorge zu vermeiden. Es handelt sich um ein grobes Täuschungsmanöver.

Jean-François Marquis

Das Argument ist keineswegs neu. Es wird uns seit Beginn der 90er Jahre ohne Unterbruch bis zum Gehtnichtmehr gepredigt. Die gesteigerte Lebenserwartung und die tiefe Geburtenrate verändern längerfristig das Verhältnis zwischen erwerbstätigen Personen und RentnerInnen grundlegend. Die Finanzierung der Renten werde „deshalb“ zu einer „unerträglichen Last“ für die erwerbstätige Bevölkerung. Laut einem Bericht des Eidgenössischen Departements des Innern ist heute die Finanzierung der AHV „aufgrund der fortschreitenden demographischen Entwicklung nicht mehr sichergestellt.“ Es sei „deshalb“

unumgänglich, das Rentenniveau zu senken und die Beitragsdauer zu verlängern. Der „Beweis“ dafür liege darin, dass dieselben Probleme überall zur Diskussion stehen und mit denselben Antworten behandelt werden: „Alle OECD-Länder sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert und in den meisten Ländern wurden Reformen bereits umgesetzt. Sie konzentrieren sich auf einige zentrale Linien [...]: Reduktion der Anreize für den Frührücktritt durch die Erhöhung des ordentlichen Rentenalters, durch die Einführung versicherungsmathematisch gekürzter Renten bei einem Frührücktritt [...]; Massnahmen zur Integration älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt; Kürzung der Leistungen der ersten Säule [...]; Verstärkung der kapitalgedeckten zweiten und dritten Säule.“²

Ein grobes Täuschungsmanöver

Dieses Argument stützt sich auf ein Täuschungsmanöver, bei dem wirtschaftliche und demographische Daten manipuliert werden um zu verdecken, worum es bei der Auseinandersetzung um die Renten wirklich geht. Es handelt sich um einen

Kampf um die Verteilung des durch die Arbeit produzierten Reichtums: Wer entscheidet über diese Verteilung? Auf welche Kontrolle des Reichtums, auf welche Interessen stützt sich die Politik? Wer entscheidet, was und für welche Bedürfnisse produziert wird?

Um solche grundsätzlichen Probleme geht es bei der Diskussion über die Renten. Um dies zu zeigen, müssen wir auf die folgenden zwei wichtigen Fragen eingehen: 1) Was sind die Renten? 2) Wie werden sie finanziert, und wie können sie in Zukunft finanziert werden?

Die Renten: ein aufgeschobener Lohn

Die im Ruhestand bezogene Rente ersetzt meistens ein Einkommen aus lohnabhängiger, manchmal aus selbständiger Erwerbstätigkeit.

Das Recht auf ein solches Ersatz Einkommen ab einem bestimmten Alter ist die Gegenleistung für die Beiträge, die während dem aktiven Erwerbsleben bezahlt wurden. Es gibt direkte Zusammenhänge zwischen der Höhe der Beiträge, der Anzahl Beitragsjahre und dem Betrag der Altersrente.

Diese enge Verknüpfung von Beitragszahlung und Rente ist Ausdruck davon, dass die Rente der ehemaligen Beschäftigten einen Teil ihres Lohns umfasst, dessen Auszahlung bis zur Erreichung des Rentenalters aufgeschoben wurde und dessen Finanzierung bis zu einem gewissen Grad sozialisiert ist (durch Steuern und Mechanismen der Umverteilung, die in die Systeme der Altersvorsorge eingebaut wurden).

Der Begriff „Unternehmerbeiträge an die AHV“ täuscht über diesen Sachverhalt hinweg. Es handelt sich ganz einfach um einen Teil des Lohns, der direkt an die entsprechende Sozialversicherung überwiesen und auf dem Lohnausweis der Angestellten im Gegensatz zum „Arbeitnehmerbeitrag“ nicht aufgeführt wird.³

Übrigens verwenden die Unternehmen für ihre eigene Buchhaltung den realistischen, wenn auch ebenfalls fragwürdigen



gen Begriff der „Lohnkosten“, der neben dem eigentlichen Lohn auch die „Sozialabzüge“ oder „Lohnnebenkosten“ umfasst. Für die Unternehmen handelt es sich um den gesamten Anteil an der Wertschöpfung, der in der einen oder anderen Form den Lohnabhängigen zukommt und ihren eigenen Profit begrenzt. Aus der Sicht der ArbeiterInnen sind die „Lohnkosten“ hingegen der Teil des von ihnen produzierten Reichtums, der ihnen (direkt oder indirekt, unmittelbar oder zeitlich aufgeschoben) zufließt, während ihnen der Rest entgeht, den sich das Kapital für seine Verwertung aneignet.

Kein aussergewöhnlicher Mechanismus

Dass der Lohn nicht nur dazu dient, den Unterhalt der Arbeitskraft während der unmittelbaren Zeit der Erwerbstätigkeit zu finanzieren, ist an sich nichts Aussergewöhnliches, wie folgende zwei Beispiele aufzeigen.

- Bei den Ferien handelt es sich um einen zeitlich leicht aufgeschobenen Lohn. Zum Beispiel vermittelt eine Erwerbstätigkeit von elf Monaten das Recht, im zwölften Monat dasselbe Einkommen zu beziehen, ohne erwerbstätig zu sein. Natürlich ist das nicht selbstverständlich. Ein Landarbeiter wird zum Beispiel nur für die Tage bezahlt, an denen der Unternehmer ihn auch tatsächlich beschäftigt. In den ungesicherten Bereichen der temporären Beschäftigung gibt es heute immer mehr Situationen, die wieder an diese Lage von „Tagelöhnern“ aus vergangener Zeit erinnern.⁴
- Die Arbeitskämpfe der vergangenen zwei Jahrhunderte haben schrittweise dazu geführt, dass der Lohn einer erwachsenen Person, meistens eines Mannes, nicht nur für seinen eigenen Lebensunterhalt ausreicht, sondern auch für „seine“ Kinder, und manchmal für „seine“ Frau. Umgekehrt sind die Zuweisung der Frauen an den Herd und der Fortbestand des Patriarchats dafür verantwortlich, dass ein riesiges Mass an Arbeit, die für das Familienleben notwendig ist (Hausarbeit, Gartenarbeit, Kinderbetreuung, usw.), unbezahlt bleibt, und die Unternehmer Löhne bezahlen, die nicht zu deren Finanzierung ausreichen müssen.

Auch dies ist nicht selbstverständlich. Wo das Einkommen der erwachsenen Personen (sofern sie überhaupt eines beziehen) nicht ausreicht, um den Unterhalt der gesamten Familie zu sichern, entwickelt sich Kinderarbeit. Jede einzelne Person muss dann versuchen, Tag für Tag ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Kinderarbeit war in Europa im 19. Jahrhundert weit verbreitet und taucht heute in den Industrieländern wieder auf, während sie in den Entwicklungsländern das Alltagsleben breiter Bevölkerungsschichten prägt.

Eine noch junge und bedrohte Errungenschaft

Die aufgeschobene Auszahlung des Lohns in der Form einer Rente ab einem bestimmten Alter, das einem das Recht gibt, „in den Ruhestand zu treten“, ist eine noch junge und zerbrechliche Errungenschaft. Auf weltweiter Ebene bleibt sie die Ausnahme. In Ländern wie den USA ist dieses Recht in Wirklichkeit in Frage gestellt, weil die Renten so bescheiden sind, dass immer mehr ältere Menschen weiterhin (oder erneut) einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen, um über die Runden zu kommen.

In der Schweiz sind die Renten sehr tief geblieben, bevor sie durch die 8. AHV-Revision zwischen 1973 und 1975 verdoppelt wurden. Diese Vorlage des SP-Bundesrats H.-P. Tschudi zielte darauf ab, in der Abstimmung vom 3. Dezember 1972 die Volksinitiative für eine wirkliche Volkspension zu besiegen und dem Dreisäulensystem den Weg zu bereiten.⁵ 1969 lag die Mindestrente bei 200 Franken im Monat. Eine Studie von Pierre Gilliard (Rentiers AVS: une autre image de la Suisse, 1983), die sich auf Zahlen von 1976 stützt, hatte das Ausmass der sozialen Ungleichheit und Armut unter den RentnerInnen aufgezeigt. Damals lag das Medianeinkommen der Personen zwischen 62/65 und 69 Jahren nur bei 61 % des Medianeinkommens der erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 35 und 49 Jahren, das Medianeinkommen der 70- bis 79-jährigen Personen sogar nur bei 47 % dieses Werts.⁶

Die Entwicklung der Erwerbsquote der älteren Menschen spiegelt den Zwang, mit 65 oder 70 Jahren noch arbeiten zu

müssen. Laut Bundesamt für Statistik waren 1970 über 60 % der 65-jährigen Männer und über 30 % der 70-jährigen Männer erwerbstätig. Im Jahr 2000 waren es drei Mal weniger, nämlich 20 % bzw. 10 %. Bei den Frauen waren 1970 etwa 30 % der 62-jährigen und 11 % der 70-jährigen Personen erwerbstätig, im Jahr 2000 weiterhin 30 % im Alter von 62, aber weniger als 5 % im Alter 70 Jahren.⁷

Im Zentrum des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital

Die Tatsache, dass es sich bei der Altersrente um einen aufgeschobenen Teil des Lohns handelt, ist sehr wichtig. Sie bedeutet, dass die Rentenfrage im Zentrum des permanenten Konflikts zwischen den Lohnabhängigen und dem Kapital liegt.

Seit bald zwei Jahrzehnten haben die Unternehmer (genauer gesagt die Eigentümer, die durch ihr Kapital die wichtigsten Unternehmen kontrollieren) eine unablässige politische, soziale und wirtschaftliche Kampagne lanciert, um den Anteil an dem durch die Lohnabhängigen produzierten Reichtum zu senken, der ihnen direkt oder indirekt, unmittelbar oder zeitlich aufgeschoben zufließt.

Diese Offensive spielt sich auf allen möglichen Ebenen ab: 1) vielfältige Angriffe auf den direkten Lohn (Streichung des automatischen Teuerungsausgleichs, zunehmende Abhängigkeit des Lohns von „Ergebnissen“ oder „Leistung“, Abkoppelung der Löhne vom Anstieg der Produktivität); 2) Steigerung des Drucks bei der Arbeit, der tatsächlichen Arbeitszeit und der Flexibilität, insgesamt also der tatsächlich geleisteten Arbeit und der Arbeitsbelastung, während der Lohn im besten Fall unverändert bleibt; 3) Reduktion der öffentlichen Dienstleistungen (bei denen es sich um eine Form von Soziallohn handelt, der das Recht auf unentgeltliche Bildung, auf günstige Verkehrsmittel in Randregionen, usw. vermittelt); 4) Infragestellung der verschiedenen Ersatzinkommen bei Arbeitslosigkeit, Invalidität und im Alter.

Die Behörden und Unternehmerverbände stellen die Frage der Renten als Konflikt zwischen den Generationen dar. In Wirklichkeit stehen wie bei den Kämpfen um

den direkten Lohn, die Arbeitszeit, die Arbeitsbedingungen, usw. grundsätzlich die Kapitaleigentümer, die mit Entschlossenheit ihr Ziel verfolgen, sich einen immer grösseren Teil des durch die Lohnabhängigen produzierten Reichtums anzueignen, der Gesamtheit dieser Lohnabhängigen gegenüber, seien sie zurzeit erwerbstätig, arbeitslos, in Ausbildung (Lehrlinge, Studierende) oder im Ruhestand. Das offizielle Argument beruht auf derselben Täuschung, mit der ein Unternehmer in seinem Betrieb junge und ältere Beschäftigte gegeneinander ausspielt und die Rechte der älteren KollegInnen als „Privilegien“ bezeichnet, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Löhne für alle durchzusetzen. Übrigens führt eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 im Jahr 2025 zu Rentenkürzungen für diejenigen Beschäftigten, die heute 45 Jahre alt sind, aber zu keiner Veränderung für die heutigen RentnerInnen.

Umlageverfahren oder Kapitaldeckung: wichtige Unterschiede

Dieser erste grundlegende Konflikt um den Lohn in seinen verschiedenen Formen verbindet sich bei der Rentenfrage mit einem zweiten, bei dem es um das System der Altersvorsorge geht. Die herrschende Klasse kämpft für eine Verschie-

bung vom Umlageverfahren (erste Säule, d.h. AHV) hin zum Kapitaldeckungsverfahren (zweite und dritte Säule). Hinter diesem Kampf verbergen sich wirtschaftliche, soziale und politische Interessen und Ziele:

- Das Umlageverfahren hat aus der Sicht der herrschenden Klasse einen ersten wichtigen Nachteil. Es errichtet ein eindeutiges, direkt mit dem Lohn verknüpftes, verständliches und deshalb kontrollierbares Recht. X Beitragsjahre bei einem Lohn von Y Franken schlagen sich ab einem bestimmten Alter in einer Rente von Z Franken nieder. Diese Rente wird im Verlauf der Jahre durch einen Lohnabzug von W % finanziert. Wenn die Finanzierung nicht mehr ausreicht, kann eine einfache und demokratische Diskussion stattfinden: Wollen wir diesen Beitrag erhöhen? Wer bezahlt ihn? Tatsächlich führt das Umlageverfahren bis zu einem gewissen Grad demokratische Kontrollmechanismen bei der Verteilung eines Teils der Wertschöpfung ein. Es begünstigt Einblicke in die Formen der Aneignung und der Verteilung des Reichtums. Im Gegensatz dazu ist das Kapitaldeckungsverfahren von der Diktatur der Finanzmärkte abhängig. Die gegenwärtige Krise der Pensionskassen zeigt dies deutlich.⁸

- Das Umlageverfahren schafft durch die ziemlich starke Homogenität der garan-

tierten Rechte die Grundlage für eine mögliche Solidarität unter den Lohnabhängigen und eine politische Diskussion in der ganzen Gesellschaft über die Verwendung und Kontrolle des Reichtums.

- Eine nationale und öffentliche Altersversicherung gibt den Lohnabhängigen eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den Unternehmen: die Rente ist nicht von einem bestimmten Unternehmen abhängig, sondern ergibt sich aus Regeln, die auf politischen Entscheidungen beruhen, auf welche die organisierten Lohnabhängigen und BürgerInnen Einfluss nehmen können.

- Das Umlageverfahren ist im Rahmen der AHV mit einem Umverteilungsmechanismus verbunden: Die Beiträge stellen einen festen Prozentsatz des Lohns (ohne Obergrenze) dar, während die Maximalrente auf das Zweifache der Mindestrente begrenzt ist.

- Im Gegensatz dazu erscheint die Rente im Kapitaldeckungsverfahren als das Gegenteil von dem, was sie in Wirklichkeit ist: nicht als ein Teil des Lohns, sondern als Einkommen aus den Finanzmärkten (Aktien, Obligationen). Es handelt sich nicht einfach um eine Formel, sondern um einen zwar in die Irre führenden, aber höchst realen Mechanismus, durch den die zukünftigen RentnerInnen dazu angehalten werden, sich mit den Forderungen des Kapitals nach Rentabi-



Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung 1950 bis 2040

Altersklassen	1950	1970	2000	2020	2040
unter 15	23.5	23.7	17.3	14.3	15.1
15 bis 64	67.1	65.1	67.3	65.7	60.7
über 64	9.4	11.2	15.4	20.0	24.2

Quellen: Bundesamt für Statistik (1998): *Deux siècles d'histoire démographique suisse. Album graphique de la période 1860-2050* für die Daten von 1950 bis 2000, und Bundesamt für Statistik (2001): *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung 2000-2060* für die Daten von 2020 und 2040.

lität und dem Wettbewerb zwischen verschiedenen Unternehmen (verschiedenen Kapitalien) zu identifizieren. Denn eine hohe Rendite des Kapitals (die einen hohen Aktienkurs begünstigt) kann letztlich nur durch verschärften Druck auf die Arbeit erreicht werden, der zur Voraussetzung höherer Renten wird. Der Zusammenhang ist ja schon oft festgestellt worden: Ein Unternehmen entlässt Personal, sein Kurs steigt an der Börse und die Werte der Pensionsfonds mit Titeln dieses Unternehmens steigen ebenfalls.

- Ausser im Falle des Leistungsprimats, das zunehmend dem Beitragsprimat geopfert wird, zeichnet sich das Kapitaldeckungsverfahren durch eine sehr grosse Unsicherheit betreffend die tatsächlich ausbezahlten Renten aus. Diese Unsicherheit führt wiederum dazu, dass auf die dritte Säule zurückgreift, wer sich das leisten kann, wobei das individuelle Sparen einer besser gestellten Bevölkerungsschicht auf Grund von entsprechenden Steuerabzügen durch alle Lohnabhängigen subventioniert wird. Laut der Einkommens- und Verbrauchserhebung von 1998 verfügen 45 % der jungen Haushalte (unter 34 Jahre) über eine dritte Säule, und dieser Anteil erreicht bei den älteren Haushalten sogar zwei Drittel. Im Durchschnitt wenden die Haushalte annähernd 3 % ihres gesamten Einkommens für die dritte Säule auf, im Vergleich zu etwas mehr als 4 % für die AHV und 3.5 % für die zweite Säule.⁹ Das Wachstum der dritten Säule, die sich aus dem direkten Lohn speist, begünstigt wiederum die Kürzungen bei den Renten der ersten Säule, beim aufgeschobenen Lohn. Letztlich erhöht diese Entwicklung die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen und verstärkt zugleich den Druck auf den Teil des Volkseinkommens, der den Lohnabhängigen zufließt.

- Die Pensionskassen festigen und verstärken Spaltungslinien zwischen den Lohnabhängigen. Jede Kasse hat ihr eigenes Reglement. Nicht alle Lohnabhängigen sind überhaupt bei einer Kasse angemeldet. Deshalb ist es umso schwieriger, gemeinsam für die Verteidigung der Renten zu kämpfen.

- Das Kapitaldeckungsverfahren erzeugt ein Zwangssparen, das den täglichen Konsum beeinträchtigt. Die wichtigsten Nutzniesser des Systems sind die Banken, die Versicherungen, die Immobilienspekulanten und einige Verwalter von Anlagefonds, denen riesige Summen von Kapital zur Verfügung gestellt werden, die sie mit Gewinn bewirtschaften (Banken und Versicherungen) bzw. auf die sie zu vorteilhaften Bedingungen zugreifen können. Anders gesagt wird durch das Kapitaldeckungsverfahren ein Teil der Arbeitseinkommen dem Kapital zur Verfügung gestellt, wobei durch eine Vergrößerung der Kapitalmengen auch die Profite gesteigert werden sollen. Dies ist übrigens eines der wichtigsten Argumente der Befürworter von Pensionskassen.

Die Finanzierung der Renten

Die Tatsache, dass die Altersrente ein Teil des Lohns ist, sowie die Interessen, die sich hinter dem Kapitaldeckungsverfahren verbergen, erklären die Brutalität der Gegenreformen bei der Altersvorsorge in der Schweiz und in ganz Europa.

Nachdem wir diese Zusammenhänge aufgezeigt haben, können wir sie für einen Moment bei Seite schieben und der Frage nachgehen, ob und in welchem Ausmass die Produktivkraft unserer Gesellschaft zur Finanzierung der Renten ausreicht.

Insgesamt ist die Existenz von Renten, also die Möglichkeit, dass Personen, die nicht mehr direkt zur Produktion des

Reichtums einer Gesellschaft beitragen, weiterhin ein Einkommen zu beziehen und einen Teil dieses Reichtums zu konsumieren, von zwei wichtigen Faktoren abhängig:

1. vom Verhältnis zwischen der erwerbstätigen Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung, das heisst zwischen dem Teil der Bevölkerung, der durch seine Arbeit den für den Konsum verfügbaren Reichtum produziert, und der ganzen Bevölkerung, deren Existenz von diesem Reichtum abhängt;

2. vom Grad der produktiven Wirksamkeit der erwerbstätigen Bevölkerung, von ihrer Produktivität, das heisst von dem pro einzelne Arbeitsstunde produzierten Reichtum. Die Grundlage dieser Produktivität liegt nicht nur in der unmittelbar geleisteten Arbeit, die eine immer umfassendere Kooperation der Beschäftigten erfordert, sondern auch und sogar in zunehmendem Ausmass in der Akkumulation von Arbeit, die in unseren Gesellschaften über Generationen hinweg erbracht wurde und sich in Infrastrukturen niederschlägt, in immer weiter entwickelten Werkzeugen und Maschinen, in wissenschaftlichen Kenntnissen und know-how, das in Maschinen eingebaut bzw. von einer Generation von Arbeitenden auf die folgende übertragen wird, usw.

Schauen wir uns die einzelnen Aspekte dieser Zusammenhänge genauer an.

Demographische Scheinwahrheiten

Laut offiziellem Diskurs ist es eine Tatsache, dass das steigende Durchschnittsalter der Gesellschaft zu einem Ungleichgewicht zwischen den RentnerInnen und der erwerbstätigen Bevölkerung führt, sofern nichts getan wird. In Wirklichkeit ist die Sache bei weitem nicht so eindeutig, auch wenn eine sehr tiefe Geburtenrate auf lange Sicht tatsächlich eine Herausforderung für die Gesellschaft darstellt.

Wir haben eine Tabelle zusammengestellt (**Tabelle 1**), die sich auf die offiziellen Zahlen stützt und den Anteil (in %) von drei grossen Alterskategorien an der gesamten Bevölkerung aufführt: Personen unter 15 Jahren, Personen zwischen 15 und 64 Jahren und Personen über 64

Jahren. Für 1950 bis 2000 handelt es sich um Zahlen, die tatsächlich gemessen wurden. Für 2020 und 2040 entsprechen die Angaben dem Szenario „Trend“ des Bundesamts für Statistik, das sich auf eine Projektion der gegenwärtigen Entwicklung in die Zukunft stützt und als Grundlage der Diskussionen über die AHV-Finanzierung dient.

Selbst ohne den hypothetischen Charakter solcher Prognosen zu vergessen und die ihnen zu Grunde liegenden Annahmen zu diskutieren, lässt sich Folgendes festhalten:

- Der Anteil der mindestens 65-jährigen Personen soll bis 2040 um 8.8 % der ganzen Bevölkerung ansteigen, sich insgesamt also um 57 % vergrössern. Das ist beträchtlich. Doch der Anteil dieser Alterskategorie ist bereits zwischen 1950 und 2000 um 6 % angestiegen bzw. hat sich um 64 % vergrössert. Dies relativiert den angekündigten „demographischen Schock“.

- **Tabelle 1** zeigt etwas auf, das oft vergessen wird. Es ist falsch, nur das Verhältnis zwischen den älteren Personen und der erwerbstätigen Bevölkerung zu betrachten. Denn auch die Jungen leben vom Reichtum der Gesellschaft, ohne sich direkt an dessen Produktion zu beteiligen. Ein gleichzeitiger Anstieg des Anteils der älteren Personen und Rückgang des Anteils der Jugend kann dazu führen, dass der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung ziemlich stabil bleibt oder nur langsam zurückgeht.

Dagegen könnte eingewendet werden, dass ältere Menschen anteilmässig mehr Reichtum konsumieren als junge Menschen (höhere Einkommen, vermehrte Inanspruchnahme von Pflegediensten, Betreuung von Personen, die nicht mehr allein leben können). Das ist möglich, doch sollte nicht unterschätzt werden, wie viel in die Bildung der Jugend investiert wird und wie gross die für ihre Aktivitäten und Freizeit aufgewendeten Mittel sind. Die bürgerlichen Parteien anerkennen in Wirklichkeit diese Tatsache und versuchen sie als Gegenüberstellung der Jungen und Alten zu instrumentalisieren, wenn sie behaupten, die Gesellschaft müsse zwischen Ausgaben für die Jugend und Ausgaben für das Alter „wählen“.

Erwerbstätige Bevölkerung: eine sehr variable Variable

Demographische Daten reichen nicht aus, um die Lage zu beurteilen. Das entscheidende Kriterium liegt im Anteil der tatsächlich erwerbstätigen Bevölkerung, die sich an der im Bruttoinlandprodukt (BIP) gemessenen Produktion des Reichtums beteiligt. Die Tatsache, dass ein Teil der Arbeit gratis und „unsichtbar“ bleibt und sich in diesem Mass des Reichtums nicht niederschlägt, obwohl er in Wirklichkeit zum Reichtum der Gesellschaft beiträgt, ändert nichts an diesem Sachverhalt.

Tabelle 2 enthält Angaben für die Zeit zwischen 1970 und 2000 (ältere Daten sind beim Bundesamt für Statistik nicht verfügbar) und ermöglicht uns folgende Überlegungen.

- Diese drei Jahrzehnte waren durch folgende Entwicklungen geprägt: **1)** eine Verlängerung der Bildungs- und Studienzeiten der jungen Menschen, die nun durchschnittlich später ins Erwerbsleben eintreten; **2)** einen Anstieg der vorzeitigen Pensionierung, vor allem in den 90er Jahren; **3)** wiederholte wirtschaftliche Rezessionen und eine Stagnation in den 90er Jahren, begleitet von einer hohen und anhaltenden Arbeitslosigkeit; sowie natürlich **4)** einen fortschreitenden Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung (vgl. Tabelle 1). Trotzdem zeigen die verfügbaren Zahlen, **dass der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung nicht rückläufig war, sondern**

sogar angestiegen ist, wenn auch in bescheidenem Ausmass.

- Dieser scheinbare Widerspruch ist mit dem **massiven Einzug der Frauen auf dem Arbeitsmarkt** verknüpft: 1970 waren weniger als 50 % der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig, 2000 über 70 %.

In den Prognosen des Szenarios „Trend“ geht das Bundesamt für Statistik davon aus, dass die Erwerbsquote der Frauen in Zukunft nicht mehr allzu stark ansteigen wird: für die 20 bis 64 Jahre alten Frauen soll sie von 73.8 % (2000) auf 78.5 % (2020) und 79.8 % (2040) steigen.¹⁰ Worauf stützt sich die Annahme, dass die Dynamik der vergangenen 30 Jahre zu einem Ende kommt? Dazu wird nichts gesagt, doch geht es hierbei keineswegs um eine nebensächliche Frage!

Natürlich handelt es sich bei den meisten Stellen von Frauen heute um Teilzeitarbeit, wodurch ihr Beitrag zur Produktion des Reichtums begrenzt bleibt. Doch diese Feststellung verweist zugleich auf den engen Zusammenhang zwischen der Funktionsweise des Arbeitsmarktes und der Finanzierung der Renten. Eine Politik der Vollbeschäftigung ist für deren Sicherstellung von zentraler Bedeutung. Übrigens liegt die bei Vollzeitbeschäftigung geleistete Arbeitszeit (Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit, der Ferien und Feiertage, Abwesenheitsrate, Umfang der Überstunden) in der Schweiz im internationalen Vergleich auf einem Rekordniveau, was sich wiederum in der ▶

Tabelle 2: Erwerbstätige Bevölkerung

Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, mit oder ohne Beschäftigung, an der gesamten Bevölkerung und an besonderen Kategorien der gesamten Bevölkerung

in %	1970*	1980*	1990	2000
total	47.8	48.6	53.2	54.2
total 15-64 Jahre	70.0	70.7	76.2	78.9
Männer	63.9	63.4	65.4	61.8
Männer 15-64 Jahre	91.8	89.9	90.7	87.5
Frauen	32.1	34.4	41.3	46.8
Frauen 15-64 Jahre	48.1	51.4	61.2	70.2

*1970 und 1980 wurde zur erwerbstätigen Bevölkerung gezählt, wer mindestens 6 Std. pro Woche arbeitete; ab 1990 (den internationalen Normen entsprechend) mindestens 1 Std.

Quelle: Bundesamt für Statistik: *Deutliche Zunahme der Erwerbsbevölkerung*, Juni 2003, und weitere Angaben des Bundesamts für Statistik.

pro erwerbstätige Person geschaffenen Wertschöpfung niederschlägt.

- Was mit Blick auf die Teilzeitarbeit gesagt wurde, gilt auch für die **Arbeitslosigkeit**. Arbeitslose bezahlen AHV-Beiträge, allerdings nur im begrenzten Ausmass von 80 % oder 70 % ihres letzten Erwerbseinkommens. An die zweite Säule zahlen sie nur die Risikoprämien (Todesfall und Invalidität), nicht für die Renten. Von den Personen, die sich ganz aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen, haben wir damit noch nichts gesagt.

- Auch das **tatsächliche Rentenalter** spielt eine wichtige Rolle. In den 80er und 90er Jahren hat sich die vorzeitige Pensionierung in allen europäischen Industrieländern ausgebreitet, auch in der Schweiz. Zwischen 1990 und 2000 ist die Erwerbsquote der Männer zwischen 55 und 64 Jahren von 87.9 % auf 78.9 % gesunken (-9 %), während sie bei den Frauen von 38.7 % auf 48.5 % anstieg. Die vorzeitige Pensionierung ist Ausdruck einer doppelten Realität:

- Die Unternehmen betreiben eine Politik, die sie dazu führt, ältere Beschäftigte abzuschieben, die teurer sind und sich weniger leicht „anpassen“. Sie sparen dadurch Sozialpläne und wälzen entsprechende Kosten auf die Pensionskassen und Löhne der Beschäftigten ab. Eine Gruppe von Soziologen und Arbeitsmedizinern unter der Leitung von Christian Baudelot hält ausserdem fest, dass die in den letzten zwei Jahrzehnten durchgesetzte Steigerung der Arbeitsintensität und die damit einhergehenden organisatorischen Veränderungen „das *beeinträchtigen, was die Effizienz älterer Beschäftigter ausmacht: die Herausbildung von Erfahrung. Um ausgehend von den Ereignissen des Arbeitslebens und der eigenen Tätigkeit eine berufliche Erfahrung zu entwickeln, braucht es Zeit. Es braucht Zeit, um auf diese Ereignisse zurückzukommen und das Nebensächliche von dem zu trennen, was Sinn macht. Ein Mindestmass an stabilen Bezugspunkten ist ebenfalls Voraussetzung für das Erarbeiten dieses Sinns der Arbeit. Darüber hinaus müssen individuelle Erfahrungen miteinander in Verbindung gebracht, ausgetauscht und diskutiert werden. Die übertriebene Dichte der Arbeit, die Instabilität und Fragmentierung der Organisationen,*

die Individualisierung der Beziehung zur Arbeit beeinträchtigen die Herausbildung von Erfahrung.“¹¹

- Die vorzeitige Pensionierung entspricht einem Bedürfnis der Lohnabhängigen, die ganz einfach den am Arbeitsplatz erlittenen Druck nicht mehr aushalten. Wie bei der Teilzeitarbeit und der Arbeitslosigkeit zeigt sich auch hier, dass es unmöglich ist, von der Bedeutung und Finanzierung der Renten zu sprechen, ohne die Arbeit ins Visier zu nehmen. Der französische Soziologe Xavier Gaudier hält fest: „Wenn sie einmal 50 Jahre alt sind, wollen viele Lohnabhängige gehen. Sie sind nicht wegen der neuen Technologien demotiviert, sondern auf Grund der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Im Zusammenhang mit der grösseren Autonomie der Aufgaben, dem Druck zu mehr Leistung und der steigenden Arbeitslosigkeit wird der Stress immer unerträglicher... All dies erzeugt ein zunehmendes Leiden bei der Arbeit.“¹² Die bereits erwähnte Gruppe um Baudelot führt dazu Folgendes aus: „Immer mehr Menschen erleben die Arbeit als eine Prüfung, die ihnen Angst macht, und bei der sie allen möglichen Schicksalsschlägen ausgesetzt sind: Verlust der Stelle, unerträglich werdende Arbeitsanforderungen. Sie verspüren auch Schuldgefühle („wenn ich das nicht hinkriege, bin ich eben nicht kompetent“), obwohl ihnen die Mittel verwehrt werden, um ihre Aufgaben wirklich ausführen zu können. Die Pensionierung erscheint dann als Zeitpunkt, von dem an es endlich möglich wird, eigene Projekte für sich und seine Familie zu entwickeln, die dem entsprechen, was jemand zu tun in der Lage ist.“¹³

Der durch die Anforderungen der Kapitalverwertung (der maximalen Rendite) auf die Arbeit ausgeübte Druck und das damit einhergehende Leiden verschärfen also das „demographische Ungleichgewicht“, auf das sich die Unternehmer so gerne berufen, um Rentenkürzungen zu rechtfertigen. Um die Abfolge der verschiedenen Lebensphasen, die Artikulation zwischen Rente und Erwerbsleben und die Rolle der älteren Menschen in der Gesellschaft neu zu denken, braucht es eine richtige Revolution in der Arbeitswelt, auf Grund derer die Arbeit

nicht mehr wie heute vollständig den Profitanforderungen unterworfen wäre.

- Die Einwanderung wird oft als Quelle der Rentenfinanzierung erwähnt. Das ist eine Tatsache, die allerdings eine dreifache Ungerechtigkeit enthält, wodurch dieses Argument aus dem Munde von „Linken“ oder GewerkschafterInnen einen schalen Beigeschmack erhält. Erstens wurde die Entwicklung dieser Arbeitskraft (Unterhalt und Bildung dieser Männer und Frauen in ihrer Jugend, usw.) nicht durch die Gesellschaft finanziert, in der sie nun arbeiten: Es handelt sich um gratis „zur Verfügung gestellte“ Arbeitskraft. In Wirklichkeit findet dabei ein Reichtumstransfer vom Herkunftsland ins Gastland statt, auch wenn die ImmigrantInnen einen Teil ihres Einkommens „nach Hause“ schicken. Zweitens finden sich zugewanderte Lohnabhängige mehrheitlich in Stellen wieder, die mit starker Arbeitsbelastung, tiefen Löhnen, mangelhaftem sozialem Schutz und relativ kurzer Lebenserwartung verbunden sind. Drittens kommt es nicht selten vor, dass sie bei einer Rückkehr ins Herkunftsland einen Teil der Leistungen verlieren, für die sie Beiträge bezahlt haben.

- Das Lohnniveau ist mit der Frage der Produktivität verknüpft. Die Renten werden vor allem durch direkte Lohnabzüge zu einem festen Prozentsatz finanziert. Höhe und Entwicklung der Löhne wirken sich deshalb unmittelbar auf die Rentenfinanzierung aus.

Die Zahlen des Bundesamts für Statistik zur Entwicklung der Löhne zwischen 1991 und 2000, welche allerdings die Veränderungen der Beschäftigungsstruktur ausser Acht lassen (und deshalb die Lohnerhöhungen eher unterschätzen), zeigen einen Anstieg der Löhne um insgesamt 0.72 % an, also um 0.07 % pro Jahr. In derselben Zeit ist die Arbeitsproduktivität aber um 11.1 % angestiegen, das heisst um 1.1 % pro Jahr.¹⁴

Anders gesagt hat die Blockierung der Löhne durch die brutale konservative Gegenreform in den 90er Jahren dazu geführt, dass die Lohnentwicklung vollständig vom Anstieg der Arbeitsproduktivität abgekoppelt wurde. Dadurch konnte sich das Kapital einen zunehmenden Anteil des produzierten Reichtums aneignen. Die Lohnabhängigen bezahlen die

Dank dem massiven Einzug der Frauen auf dem Arbeitsmarkt war der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung nicht rückläufig.



Zeche dafür gleich zwei Mal: Ihr direkter Lohn wird angegriffen, und ihr aufgeschobener Lohn (ihre Rente) gekürzt.

Die zentrale Rolle der Produktivität

Der regelmässige Anstieg der Arbeitsproduktivität ist sehr wichtig um zu verstehen, über welche Mittel eine Gesellschaft verfügt und welche Spielräume sie bei deren Verteilung in der Form von Investitionen, Einkommen von Kapital und Arbeit oder Verkürzung der Arbeitszeit hat.

René Passet illustriert diese Zusammenhänge gestützt auf Daten für Frankreich, die es in dieser Qualität für die Schweiz leider nicht gibt. Die Entwicklung der französischen (wie natürlich auch der

schweizerischen) Gesellschaft ist grundsätzlich geprägt durch „einen anhaltenden Anstieg des BIP (Bruttoinlandsprodukt), das durch einen regelmässig rückläufigen Umfang der im Land geleisteten Arbeit erzielt wird, wobei eine steigende Anzahl Lohnabhängiger mit einer starken Reduktion der pro Person und Jahr geleisteten Arbeitszeit einhergeht. Diese Reduktion ist umso spektakulärer, wenn wir das gesamte Lebensalter eines Menschen berücksichtigen, sowie die Verlängerung der Bildungs- und Studienzeit und die Senkung des Alters beim Austritt aus dem Erwerbsleben: So umfasste die Arbeitszeit 70 % der in wachem Zustand verbrachten Lebenszeit eines Arbeiters im Jahr 1850, 43 % im Jahr 1900 und 18 % im Jahr 1980.

Hinzu kommt eine um das Achtfache vergrösserte durchschnittliche Kaufkraft pro Arbeiter. Es handelt sich bei diesen Entwicklungen um eine Verteilung der aus technischem Fortschritt resultierenden Produktivitätsgewinne, die allen zu Gute kommt.“¹⁵

In der Schweiz war die steigende Produktivität in der Zeit zwischen 1950 und 2000 ein wichtiger Motor des Wirtschaftswachstums, das es trotz deutlich sinkender individueller Arbeitszeit ermöglichte, dass **1)** der Index der Reallöhne um 2.25 multipliziert wurde (der tatsächliche Anstieg liegt angesichts der Umwälzungen in der Beschäftigungsstruktur in diesen 50 Jahren ohne Zweifel höher), gleichzeitig **2)** der Anteil der ▶

Tabelle 3: Zur Finanzierung der Renten aufgewendeter Anteil des BIP (I): 1950-2000

Schweiz (% BIP)	1950	1970	2001	Diff. 2001-1950
AHV*	0.86	2.93	6.84	+5.98
Ergänzungsleistungen*	0.86	3.19	7.39	+6.53
Altersvorsorge**	2.12	4.47	11.61	+9.49

*Es handelt sich um die gesamten Ausgaben dieser Sozialversicherung, einschliesslich der Hinterlassenenrenten (Witwenrente) und der (bei der AHV sehr tiefen) Verwaltungskosten.

**Es handelt sich um die Gesamtheit der Altersrenten von AHV, Ergänzungsleistungen und 2. Säule, ohne die Verwaltungskosten und die Hinterlassenenrenten, die 2001 bei insgesamt 1.61% des BIP lagen.

Quelle: Bundesamt für Statistik: *Stärkeres Wachstum der Sozialausgaben* im Jahr 2001, 13. Juni 2003

Finanzierung der Renten am BIP fünf Mal grösser geworden ist und **3)** das BIP selbst um 3.75 multipliziert wurde.

Ein weiterer Blick auf diese Entwicklungen zeigt, dass in diesen 50 Jahren die Multiplikation des für die Finanzierung der AHV aufgewendeten Anteils des (selbst um 3.75 vervielfachten) BIP um den Faktor 8 nur eine Multiplikation der Lohnabzüge um 2.1 (von 4 % auf 8.4 %) einschliesslich des „Unternehmerbeitrags“ erforderte. Den Rest hat der Anstieg der Erwerbsbevölkerung und vor allem der Produktivität geliefert.

Die Entwicklung der Produktivität hat also einen ausserordentlichen Anstieg des Reichtums der Gesellschaft herbeigeführt. Dadurch konnten gleichzeitig 1) die globale Kaufkraft der Lohnabhängigen bei sinkender individueller Arbeitszeit stark ansteigen, 2) die für die Renten (aber auch für die Gesundheit, usw.) aufgewendeten Mittel vervielfacht werden, 3) ohne die Investitionen zu beeinträchtigen, oder sogar 4) die Profite der Kapitaleigentümer. Dieser Gesamtzusammenhang schafft auch die Grundlage der zukünftigen Rentenfinanzierung.

Das „vergessene“ Szenario

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge ist es möglich, noch einmal über die Angaben nachzudenken, die in den offiziellen Studien des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) enthalten sind und der sozialen und politischen Offensive als „wissenschaftliche“ Grundlage dienen, die Bundesrat Couchepin bei seiner Pressekonferenz/Pilgerfahrt vom 26. Mai 2003 auf der St. Petersinsel lanciert hat.16

Für die Schweiz stehen nicht dieselben Studien und Daten zur Verfügung wie für Frankreich. Die unübersichtliche statistische Lage ist übrigens Ausdruck bestimmter Absichten in dieser Hinsicht. Trotz dieser Schwierigkeit ist es möglich, einige Realitäten aufzuzeigen.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat drei Studien zur Finanzierung der AHV im Jahr 2040 in Auftrag gegeben. Eine davon hat das KOF (ETH Zürich) erstellt, ein Institut, das nicht gerade dafür bekannt ist, sich von der vorherrschenden ökonomischen Orthodoxie zu distanzieren. Sie beruht auf einem ökonomischen Modell, das auch die für Prognosen zuständigen Stabsstellen des Bundesrats verwenden.17 In dieser Studie wird davon ausgegangen, dass sich die strukturellen Veränderungen der schweizerischen Wirtschaft der letzten Jahre fortsetzen und zu einer Verschiebung von Tätigkeiten und Arbeitsplätzen in Bereiche mit einer höheren Wertschöpfung führen werden. In der neoklassischen Theorie wird dies durch eine Ersetzung von Arbeit durch Kapital erklärt, die aus der Knappheit an Arbeit entstehe. Auf der Grundlage dieses Modells erwarten die Autoren bis 2025 eine Erhöhung der Produktivität um 1.4 % bis 1.7 % und der Reallöhne um 1.5 % bis 2 % pro Jahr, wobei sich in dieser Entwicklung auch die Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur niederschlagen.

Die Studie kommt zum Schluss, dass es ausgehend von den erwähnten Szenarien der Bevölkerungsentwicklung für die Finanzierung der AHV ausreicht, in den Jahren 2013/14 die Mehrwertsteuer um

ein Prozent anzuheben. Anders gesagt gibt es kein Finanzierungsproblem.

Doch diese Studie ist in den öffentlichen Ausführungen der Behörden mit Pascal Couchepin an der Spitze nicht mehr zu finden. Das wird dann auch noch Information genannt.

Ein déjà-vu

Vergessen auch wir für einen Augenblick diese Studie und analysieren wir die von Pascal Couchepin direkt verwendeten Angaben, um ihre tatsächliche Bedeutung aufzuzeigen.

Tabelle 3 führt rückblickend die Entwicklung des zur Finanzierung der AHV, der AHV-Ergänzungsleistungen und der gesamten Altersrenten einschliesslich der zweiten Säule aufgewendeten Anteils des BIP zwischen 1950 und 2000 auf.

Darüber hinaus hat das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) selbst eine Studie über die Zukunft erstellt, deren Zahlen am meisten zitiert werden.18 Sie basiert auf der Annahme, dass die Reallöhne in den Jahren 2000 bis 2040 durchschnittlich um 1 % steigen werden. In Verbindung mit den Szenarien im Bereich der Bevölkerungsentwicklung ergibt sich daraus der Anteil des BIP, der in Zukunft zur Finanzierung von AHV und Ergänzungsleistungen aufgewendet werden muss.

In **Tabelle 4** haben wir die offiziellen Angaben um zwei Schätzungen zur Altersvorsorge ergänzt. Schätzung I umfasst die Leistungen der beruflichen Vorsorge und geht von der Annahme aus, dass diese im selben Rhythmus anwachsen werden wie die AHV-Renten und die Ergänzungsleistungen. Dadurch wird allerdings das gesamte Wachstum der Altersrenten unterschätzt, weil wir uns mitten in der Phase der vollen Entwicklung der zweiten Säule befinden, die erst 1985 obligatorisch geworden ist. Unterschätzt wird deshalb wahrscheinlich auch der Anstieg der zur Finanzierung dieser Leistungen notwendigen Beiträge, wenn auch in geringerem Ausmass, weil die zweite Säule sich in einer Phase der Akkumulation mit deutlich höheren Beiträgen (um nicht von den Einnahmen zu sprechen) als Leistungen befindet. Wir haben deshalb eine Schätzung II vorge-

nommen, bei der im Jahr 2025, wenn die zweite Säule ihre volle Reife erlangt und die Lohnabhängigen während dem gesamten Erwerbsleben einbezahlt haben, die Leistungen der zweiten Säule (oder vergleichbare Leistungen, die ein anderes System der Altersvorsorge garantieren könnte) im Vergleich zur Schätzung I um 50 % erhöht werden, ohne dass sich sonst etwas im ganzen Prognosemodell verändert.

Eine erste Feststellung drängt sich sofort auf. Der auf der Grundlage dieser Berechnungen in den kommenden 40 Jahren notwendige Anstieg des zur Finanzierung der AHV und der Ergänzungsleistungen aufgewendeten Anteils am BIP liegt deutlich unter der in den vergangenen 50 Jahren beobachteten Entwicklung (3.6 % im Vergleich zu 6.53 %). Was den Anstieg des Anteils für die gesamte Altersvorsorge angeht, so liegt er selbst bei der Schätzung II auf ähnlichem Niveau (8.9 % im Vergleich zu 9.49 %). Im Gegensatz zu den verbreiteten Schreckensszenarien steht uns also nichts Aussergewöhnliches bevor.

Der kleine Unterschied

Dies führt uns zur folgenden Frage: Wie gross ist der zusätzliche Aufwand, um einen solchen Anstieg des zur Finanzierung der Renten aufgewendeten Anteils des BIP zu garantieren? Einige Berechnungen liefern uns Antworten auf diese Frage.

Gehen wir von einer ersten, für die Lohnabhängigen sehr ungünstigen Annahme aus: Die gesamte Last dieses zusätzlichen Aufwandes wird auf ihre Löhne gelegt, in dem ihre Beiträge erhöht werden und der Prozentsatz der „Unternehmerbeiträge“ unverändert bleibt. Zweite Annahme: Der Anteil der Löhne am BIP von zurzeit etwa 60 % bleibt unverändert.

Tabelle 5 zeigt, welche Erhöhung der Lohnabzüge 2025 und 2040 auf dieser Grundlage notwendig wäre, um den in **Tabelle 4** dargestellten Finanzierungsbedarf zu decken.

Wie würden sich die zusätzlichen Abzüge auf die Kaufkraft der Lohnabhängigen auswirken? Um dies zu berechnen, haben wir uns die Annahme des BSV zu eigen gemacht, wonach die Reallöhne um durch-

Tabelle 4: Zur Finanzierung der Renten aufgewendeter Anteil des BIP (II): 2001-2040

Prognosen	2001 (1)	2025	2040	Diff. 2040-2001
AHV und EL (2)	7.2%	9.8%	10.8%	+3.6%
Altersvorsorge I (3)	11.4%	15.4%	17%	+5.6%
Altersvorsorge II (4)	11.4%	18.4%	20.3%	+8.9%

- empirisch gemessene Daten
- Prognosen des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV)
- Annahme unveränderter Verhältnisse: total Altersrenten = 157% (AHV-Renten plus EL).
- Berücksichtigung des Wachstums der zweiten Säule oder gleichwertiger Leistungen aus einem anderen System der Altersvorsorge. Die Zahl für 2025 ergibt sich aus folgender Formel: $(7.2 + (11.4-7.2) \times 1.5) \times 9.8 / 7.2 = 18.4$. Angesichts fehlender Daten ist der verwendete Multiplikator einigermassen willkürlich.

a. Obwohl das BSV diese Lücke seit etwa 10 Jahren beklagt, scheint es keine umfassende Statistik über den Anteil der gegenwärtigen AHV-Bezüger zu geben, die auch eine Rente aus der beruflichen Vorsorge beziehen. Ein weiteres Beispiel für die in diesem Bereich vorherrschenden statistischen Unklarheiten, die selbst Ausdruck des Dreisäulensystems sind und es erschweren, eine demokratische Diskussion über die Zukunft der Altersvorsorge in der Schweiz zu führen. Dennoch meint Christiane Brunner, damals Präsidentin der SP Schweiz, dass „wir mit AHV und zweiter Säule trotz einiger Mängel über ein gutes System verfügen“ (Le Temps, 23. Juni 2003). Auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchserhebung von 1998, in der auch 1396 Haushalte von vorzeitig oder ordentlich pensionierten RentnerInnen erfasst wurden, haben Stamm und Lamprecht (cf. Fussnote ix) ausgerechnet, dass etwa 65% der jüngeren RentnerInnen (unter 75 Jahre) eine Rente aus der zweiten Säule beziehen, während es bei der älteren Generation 53% sind. Diese Anteile sind natürlich einkommensabhängig: weniger als ein Fünftel der 20% der RentnerInnen mit den tiefsten Einkommen haben eine zweite Säule, während es bei den 20% der RentnerInnen mit den höchsten Einkommen vier Fünftel sind.

b. Im Jahr 2000 gab es 1'515'954 AHV-BezügerInnen, wobei etwa 1'201'000 Renten in der Schweiz und 347'000 Renten im Ausland (vor allem an zugewanderte Lohnabhängige, die wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind) ausbezahlt wurden. Auch Personen, die eine selbständige oder gar keine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben, erhalten eine AHV-Rente. Im selben Jahr bezogen 412'446 Personen eine Rente der beruflichen Vorsorge. Dabei handelt es sich teilweise um Renten für Ehepaare: ein Lohn ernährte eine Familie, wogegen bei der AHV die Renten für Ehepaare doppelt zählten (sie wurden 2001 abgeschafft). Selbständige und nicht Erwerbstätige unterstehen der zweiten Säule nicht. Dasselbe gilt auf Grund des Koordinationsabzugs auch für Personen mit tiefen Einkommen. Schliesslich lässt sich ein Teil der Versicherten sein Alterskapital auszahlen und erscheint deshalb auch nicht in der Statistik der RentenbezügerInnen: 2000 waren es 31'060 Personen. Eine ähnliche Zahl war es in anderen Jahren, doch gibt es keine Angaben darüber, wie viele Versicherte der zweiten Säule sich ihr Alterskapital auszahlen liessen und noch nicht verstorben sind.

c. 1996 hat das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) seinen Bericht über die Finanzierungsaussichten bei den Sozialversicherungen (IDA FiSo) veröffentlicht. Er enthält Schätzungen zu den Ausgaben der AHV und der beruflichen Vorsorge bis ins Jahr 2025. In Franken von 1995 wird eine Multiplikation der AHV-Ausgaben um 1.7 erwartet. Bei der beruflichen Vorsorge bezieht sich die Schätzung nur auf den obligatorischen Bereich (alle Leistungen). IDA FiSo schätzt diese Ausgaben für das Jahr 2000 auf 2.292 Milliarden Franken von 1995, während die gesamte Summe der Leistungen aus der beruflichen Vorsorge (inklusive überobligatorischer Teil) 16.2 Milliarden Franken (Marktpreise) überstiegen hat. Für 2025 erwartet IDA FiSo Ausgaben im obligatorischen Bereich der beruflichen Vorsorge von 12.196 Franken von 1995, also 5.32 Mal mehr als 2000. Im Vergleich dazu wachsen die Beiträge viel weniger stark an, weil sich die berufliche Vorsorge in einer Phase der Akkumulation befindet: sie sollen von 12.771 Milliarden (2000) auf 15.410 Milliarden (2025) steigen (obligatorischer Bereich, Franken von 1995), also nur um 1.2 multipliziert werden. Diese Zahl dürfte dem für die Leistungen der beruflichen Vorsorge notwendigen zusätzlichen Finanzierungsaufwand der kommenden Jahre näher kommen als die Schätzungen zur Entwicklung der Leistungen. In diesem Fall würde das Verhältnis zwischen der beruflichen Vorsorge und der AHV/EL abnehmen, im Gegensatz zu unseren Schätzungen I (unverändert) und II (zunehmend). Es liegt deshalb nahe, die Schätzung II als grosszügige Prognose zu betrachten, die Spielräume für eine umfassende Verbesserung der gesamten Altersvorsorge enthält.

5. Tabelle 5: Zusätzliche Lohnabzüge (in %) für die Rentenfinanzierung,

	2025	2040
AHV und Ergänzungsleistungen	4.3	6
Altersvorsorge (Schätzung I)	6.7	9.33
Altersvorsorge (Schätzung II)	11.7	14.8

Tabelle 6: Verfügbares Einkommen (I) im Jahr 2040

Annahme: Lohnindex 2001 = 100 und jährliche Realloohnerhöhung von 1%

	verfügbares Einkommen	jährliches Lohnwachstum
ohne zusätzliche Finanzierung	149	1%
AHV und Ergänzungsleistungen	143	0.89%
Altersvorsorge I	139.7	0.84%
Altersvorsorge II	134.2	0.74%

Tabelle 7: Verfügbares Einkommen (II) in den Jahren 2025 und 2040

Annahme: Lohnindex 2001 = 100 und jährliche Realloohnerhöhung von 1.4%

	2025		2040	
	verfügbares Einkommen	Wachstums rate	verfügbares Einkommen	Wachstums rate
Sohne zus. Finanz.	141.0	1.40	174.0	1.40
AHV und EL	136.7	1.26	168.0	1.30
Altersvorsorge I	134.3	1.19	164.7	1.25

Tabelle 8: Löhne, Renten und Profite in Frankreich 1982-2040 (% der Wertschöpfung)

1982	2002	2040	
Löhne	72,0	64,0	72,0
Nettolöhne	64,5	52,0	53,5
Renten	7,5	12,0	18,5
Profite	28,0	36,0	28,0
investierte Profite	20,0	20,0	20,0
nicht investierte Profite	8,0	16,0	8,0

Quelle: Michel Husson, *Viellissement et élargissement*, Mai 2003

schnittlich 1 % pro Jahr steigen werden. Unter diesen Bedingungen werden die Reallöhne im Jahr 2040 um 49 % über ihrem Wert von 2001 liegen (Index 149). **Tabelle 6** zeigt, wie viel davon nach Abzug der Zusatzfinanzierung der Altersvorsorge übrig bleibt, und wie sich diese Abzüge auf das jährliche Reallohnwach-

tum niederschlagen. Selbst eine Zusatzfinanzierung der Renten, die ausschliesslich den Lohnabhängigen zur Last gelegt würde, lässt sich ohne weiteres mit einem Anstieg der Reallöhne vereinbaren. Beim ungünstigsten Szenario verringert sich das Lohnwachstum von 1 % auf 0.74 % pro Jahr, das heisst etwa um ein Viertel.

Im Vergleich dazu sind die Reallöhne zwischen 1980 und 2002 gemäss Angaben des Bundesamts für Statistik insgesamt um 13 % angestiegen, das heisst um 0.56 % pro Jahr. Die **Tabelle 6** zeigt also gestützt auf die Angaben des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV), dass die Finanzierung der Renten in den kommenden 40 Jahren sich mit einem Reallohnanstieg vereinbaren lässt, der höher liegt als in den vergangenen zwei Jahrzehnten.

Wenn wir dieselbe Berechnung anstellen, dabei aber davon ausgehen, dass die Reallöhne im gleichen Ausmass wie die vom KOF-Institut erwartete Produktivitätsentwicklung ansteigen, nämlich um 1.4 % pro Jahr, erhalten wir die Daten der **Tabelle 7**, die unser Argument noch deutlicher unterstützen.

Eine Wende herbeiführen

In Frankreich hat die soziale Bewegung für die Verteidigung der Renten gestützt auf viel weiter entwickelte statistische Daten, als sie in der Schweiz verfügbar sind, auf eine andere Möglichkeit der Finanzierung als durch vollständige Abwälzung auf die Löhne hingewiesen: eine Rückkehr der nicht investierten Profite auf den Stand von Anfang der 80er Jahre. Diese Option entspricht natürlich ganz anderen Prioritäten und einem anderen Kräfteverhältnis zwischen den Lohnabhängigen und dem Kapital.

In den vergangenen 20 Jahren ist der Anteil der Löhne an der Wertschöpfung in Frankreich stark gesunken (um 8 %). Dies hat nicht zu einer Erhöhung der produktiven Investitionen geführt, sondern zu einer Ansammlung nicht investierter Profite. Der Ökonom Michel Husson hat eine Tabelle zusammengestellt, die wir hier wiedergeben (**Tabelle 8**). Sie zeigt die Entwicklung der Verteilung des Reichtums auf, sowie eine mögliche Veränderung dieser Entwicklung, auf Grund derer der zukünftige, in den offiziellen Studien errechnete Finanzierungsbedarf bei der Altersvorsorge vollauf gedeckt werden könnte.

Es gibt keinen Grund, solche Überlegung nicht in Bezug auf die Schweiz anzustellen. Wer sich für die Rechte der Lohnabhängigen einsetzen will, sollte zumindest diese Perspektive ins Auge fassen.

Die Renten, oder: der Kapitalismus als Sackgasse

Ein letztes Argument, das zum Beispiel der Sozialdemokrat und ehemalige Premierminister Mochel Rocard im Rahmen der französischen Diskussion über die Renten verwendet, muss noch beantwortet werden. Einfach gesagt besteht es aus der folgenden Überlegung. Die Finanzierung der Renten durch eine Erhöhung der Lohnabzüge wäre in einer geschlossenen Volkswirtschaft möglich. „Doch das Drama, das einige meiner linken Genossen zu ignorieren versuchen“, so Rocard, „liegt darin, dass der Kapitalismus gewonnen hat. Wir befinden uns in einer offenen Weltwirtschaft, in der es weder eine Regulierung noch eine Grenze des mit allen Mitteln ausgetragenen Wettbewerbs gibt.“¹⁹ Dazu ist Folgendes zu sagen:

- Erstens sind alle Industrieländer mit ähnlichen Entwicklungen im demogra-

phischen Bereich konfrontiert. Aufeinander abgestimmte politische Massnahmen, durch welche die relativen Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht verändert würden, sind deshalb ohne weiteres vorstellbar. Was heute passiert, liefert sogar den Beweis dafür, allerdings im umgekehrten Sinn eines koordinierten Angriffs auf den aufgeschobenen Lohn und die Renten. Es ist eine Frage politischer Entscheide und sozialer und politischer Kämpfe, ob eine Angleichung in die andere Richtung stattfindet und ein Erhalt oder sogar ein Ausbau des Rentenniveaus möglich wird. Es ist die Aufgabe der so genannten „Linken“, diese sozialen und politischen Kämpfe vorzubereiten und auszutragen, statt sich einfach dem zurzeit wenig vorteilhaften Kräfteverhältnis zu beugen.

- Zweitens enthält das Argument von Michel Rocard ein sehr klares Eingee-

ständnis des zerstörerischen Charakters des Kapitalismus, ohne daraus allerdings auch nur die kleinste Lehre zu ziehen. Es zeigt sich nämlich, dass dieses System den Einsatz verfügbarer Mittel für die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse (in diesem Fall für die Möglichkeit, unter guten Bedingungen in den Ruhestand treten zu können) verhindert, weil dies dem Diktat der maximalen Kapitalverwertung widersprechen würde. Dasselbe müssen wir auf umfassender Ebene feststellen, wenn es um die Bedürfnisse von Hunderten Millionen Frauen und Männern auf diesem Planeten geht, die keinen Zugang zu Trinkwasser, ausreichender Ernährung, einem Dach über dem Kopf, Bildung oder Gesundheitsversorgung haben. Diese Realität ist die unerbittlichste Anklage, die gegen den Kapitalismus formuliert werden kann. Sie zeigt die Notwendigkeit eines sozialistischen Gesellschaftsprojekts auf. ■

1. *24 heures*, 27. Mai 2003.

2. Eidgenössisches Departement des Innern: Sicherung und Weiterentwicklung der AHV im Lichte der demographischen Entwicklung. 26. Mai 2003, S.1-2.

3. Die in der deutschen Sprache üblich gewordenen Bezeichnungen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ sind ein Paradebeispiel dafür, wie Begriffe „die Welt auf den Kopf stellen“ können. In Wirklichkeit „nimmt“ der Unternehmer die Arbeit der Beschäftigten, das heisst er eignet sich deren Produkt vollständig an (Red.).

4. Eine Stellungnahme von Beat Kappler, dem ehemaligen Generalsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der sich inzwischen ganz den neoliberalen Gegenreformen verschrieben hat, zeigt die Logik einer Reorganisation des Arbeitsmarktes in diese Richtung auf: „Eine gute Idee für die Jungen wird in Bern und im Zürcher Oberland umgesetzt. Weil es an Lehrstellen mangelt, werden die Bewerber im Bereich der Kaufmännischen Lehre (Zürich) oder der Informatik (Bern) mehreren Unternehmen zugeteilt. [...] Dieses Modell der Auf-

teilung der Angestellten könnte in Zukunft verallgemeinert werden. [...] Für die Angestellten könnte dieses neue System eine Abfolge von teilweiser Arbeitslosigkeit, Überstunden, befristeten Stellen und Arbeit auf Abruf bedeuten. Wird der Arbeitsvertrag nicht mehr mit einem einzelnen Unternehmen geschlossen, sondern mit einem gemeinsamen Pool für Personal, das jeweils dort arbeiten geht, wo es gerade gebraucht wird, dann kann die Beschäftigung stabilisiert werden, während der Personalbestand der Unternehmen schwankt.“ (*Le Temps*, 5. Juli 2003)

5. Das Dreisäulensystem umfasst neben der AHV (1. Säule) die berufliche Vorsorge (2. Säule) und die steuerbegünstigte, individuelle und freiwillige Altersvorsorge (3. Säule). Die 2. Säule ist durch das Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) für die abhängig Beschäftigten obligatorisch geworden. Die Schweiz hat also auf internationaler Ebene eine Pionierrolle bei der Umsetzung der neoliberalen „Rentenreform“ gespielt. Als Gegenmodell dazu verlangte die Initiative für eine

wirkliche Volkspension den Ausbau der AHV auf ein Rentenniveau, von dem die Menschen tatsächlich leben können (Red.).

6. Pierre Gilliland: *Politique sociale en Suisse. Réalités Sociales*, Lausanne, 1988, S. 137.

7. Bundesamt für Statistik: *Eidgenössische Volkszählung 2000: Deutliche Zunahme der Erwerbsbevölkerung*. 6. Juni 2003.

8. *Le Monde* hat am 22./23. Juni 2003 die Resultate einer Studie über Pensionsfonds in Grossbritannien, den USA, Kanada und den Niederlanden publiziert, alles Länder, in denen diese Fonds wie in der Schweiz eine sehr wichtige Rolle spielen: „Die Schwierigkeiten, mit denen die Pensionsfonds konfrontiert sind, werden direkte Auswirkungen auf die Lohnabhängigen zeitigen. Die Beiträge für die Altersvorsorge wurden in 44 % der Unternehmen erhöht, und in der Hälfte aller Fälle wurden die Leistungen des Rentensystems verschlechtert. Diese Zahlen erinnern daran, dass das Kapitaldeckungsverfahren kein Wundermittel ist, wenn die Börse sich in einer anhaltenden Krise befindet...“

9. Hanspeter Stamm und Markus Lamprecht: «La prévoyance vieillesse analysée à l'aide des données de l'enquête de 1998 sur le revenu et la consommation», *Infosocial*, April 2003, Nr. 8, S. 21-22.

10. Bundesamt für Statistik (2001): *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2000-2060*.

11. *Le Monde*, 17. Juni 2003.

12. *Le Monde*, 13. Mai 2003.

13. *Le Monde*, 17. Juni 2003.

14. Aymo Brunetti und Boris A. Zürcher: *Das tiefe Wachstum der Schweizer Arbeitsproduktivität*. seco, 2003.

15. *Libération*, 11. Juni 2003.

16. Alle Unterlagen sind auf dem Netz einsehbar: <http://www.bsv.admin.ch/aktuell/presse/petersinsel/>

17. BSV (2003): *Volkswirtschaftliche Auswirkungen verschiedener Demographieszenarien und Varianten zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherung in der Schweiz*.

18. BSV (2003): *Finanzierungsbedarf in der AHV (inkl. Ergänzungsleistungen)*.

19. *Le Monde*, 19. Juni 2003

Nach dem erfolgreichen FrauenProtestTag wollen die aktiven Frauen weiter kämpfen

Frauenaufbruch an einem bewegten 8. März

Vor 87 Jahren lösten streikende Textilarbeiterinnen in St. Petersburg am Frauentag den Beginn der russischen „Februarrevolution“ aus. Seither ging es auf und ab in der Geschichte des Frauentages, je nachdem, wie stark die Frauenbewegung zu mobilisieren vermochte. Dieses Jahr fand in der Schweiz nach einigen Jahren von scheinbarer Funkstille in der Frauenbewegung wieder ein 8. März statt, der die Bezeichnung „Frauenkampftag“ verdiente. Tausende von Frauen gingen in der ganzen Schweiz trotz Kälte und widerlichem Wetter auf die Strasse, besetzten öffentliche Plätze, machten Pfeifkonzerte und kleideten sich rot, um ihrer Wut über die Diskriminierung der Frauen Ausdruck zu geben. Wie kam es zu dieser Mobilisierung?

Sarah Schilliger

„Die Frauen sind aus dem Dornröschenschlaf erwacht“, oder: „Ist Feminismus wieder en vogue?“ titelten die Zeitungen nach den grossen Protesten im Zuge der Bundesratswahlen vom 10. Dezember 2003, als Christoph Blocher (SVP) an der Stelle von Ruth Metzler (CVP) und Hans-Rudolf Merz (FDP) auf Kosten von Christine Beerli (FDP) in die Regierung aufgenommen wurden. Der „Affront gegenüber den Frauen“ hat vielen vor Augen geführt, wie wackelig das Recht auf Gleichstellung

in der Schweiz ist. „Wir Frauen sind wutentbrannt“, war auf einem Transparent zu lesen. Die Wut, die die Frauen an den Demonstrationen nach der „Patriarchenwahl“ im Dezember zum Ausdruck gebracht haben, war jedoch nicht bloss eine Wut gegenüber diesem Bundesrat: Sie brachte ein Fass zum überlaufen, wie es eine junge Aktivistin aus dem bereits im Sommer 2003 gegründeten Kollektiv „Femmes en colère“ ausdrückte: „Die Bundesratswahlen waren eine Frechheit. Aber die Diskriminierungen, die Frauen tagtäglich am Arbeitsplatz, zuhause und in der Öffentlichkeit erleben, sind eine noch viel grössere Frechheit!“

Die Tatsache, dass Frauen auf dem Papier zwar gleichberechtigt sind, in Wirklichkeit jedoch weniger Lohn erhalten, immer länger für immer weniger Rente arbeiten müssen, von Restrukturierungen und Sozialabbau in besonderem Masse betroffen sind, den grössten Teil der Haus- und Erziehungsarbeit auf sich nehmen müssen und dabei immer noch auf einen gesetzlich garantierten Mutterschaftsurlaub warten – das macht die Frauen wütend, nicht erst seit dem 10. Dezember 2003.

Von der Wut zum Frauenaufbruch

Während der Sonntags-Blick den Unmut aufnahm und medial ausschlachtete,

indem er die SP-Ständerätin Anita Fetz (ehemals POCH) zur Chefredaktorin einer Ausgabe ernannte, in der Arbeitgeber-Präsident Peter Hasler seine Vorstellungen einer „egalitären“ Gesellschaft preisgeben durfte (Hasler zur Lohnungleichheit: „Vielleicht müssen wir die Männerlöhne senken“), machten sich verschiedene, vor allem junge Frauen daran, einen Protesttag am internationalen Frauentag zu organisieren, der sich den dringenden frauenpolitischen Themen annehmen sollte. Neue Frauen-Kollektive entstanden, alte wurden reaktiviert.

Ende Januar trafen sich in Bern über 50 Frauen aus den verschiedensten Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, um gemeinsam den 8. März vorzubereiten und national zu koordinieren. An diesem Treffen einigten sich die Frauen auf eine gemeinsame Plattform, die drei Hauptforderungen beinhaltete: Nein zur 11. AHV-Revision, Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft, Schluss mit den Diskriminierungen, jetzt und überall! Damit wurde der Vorschlag von Frauen der BFS und von Frauenkollektiven, die für eine Politisierung des 8. März eintraten, angenommen. Die Farbe Rot – rot vor Wut – und der Slogan „Wir Frauen sind wütend“ wurden als gemeinsames Mobilisierungsmerkmal für den Frauen-Protesttag bestimmt.





FrauenProtestTag in Zürich am 8. März.

Wenn Frau will, steht alles still

Was die Frauen in den wenigen Wochen Vorbereitungszeit auf die Beine stellten, war beeindruckend: In vielen Städten und Dörfern der Schweiz fanden am 8. März Aktionen und Demonstrationen statt. Sie waren von unterschiedlichem Charakter und verschiedener Ausrichtung und reichten von verlängerten Kaffeepausen über Sensibilisierungsaktionen in Warenhäusern und Sit-Ins bis zu Protestpausen in einigen Betrieben in der Westschweiz.

In Bern, wo der 8. März von Kräften rund um das Grüne Bündnis organisiert wurde, hatte der Protesttag eine ausgeprägter institutionelle Ausrichtung als zum Beispiel in Zürich, wo die Organisation geprägt wurde von aktivistisch orientierten und mehrheitlich jungen Frauen (BFS-Frauen, Zoff!, FrauenLesbenKasama, etc.). Nach einer „Weckaktion“ am frühen Morgen an verschiedenen Bahnhöfen, wo mit Flyern auf den Frauenprotest aufmerksam gemacht wurde, besammelten sich die Zürcher Frauen am Mittag auf dem Paradeplatz, um diesen symbolischen Platz der Wirtschaftsmacht einzunehmen. „Frauen nimmt Platz, es ist fünf nach zwölf“ – so nannte sich die Aktion, an der über tausend Frauen in

Rot mit Trillerpfeifen und Pfannendeckeln ihrer Wut Ausdruck gaben. Die bewegungsorientierte Ausrichtung wurde dann vor allem an der lebendigen und kämpferischen Demonstration am Abend sichtbar, an der sich Frauen von jung bis alt beteiligten: Einige „gestandene“ Aktivistinnen aus der Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre, aber auch auffällig viele junge Frauen, die häufig zum ersten Mal überhaupt an einer Frauendemo teilnahmen und diesen Tag wohl nicht so schnell wieder vergessen werden.

Es gibt weiterhin Zoff!

„Es geht weiter – keine Frage! Frauenkampftag alle Tage!“ Dieser Slogan, den die Frauen in Zürich während der Demonstration skandierten, sollte darauf hinweisen, dass der Frauenkampf nicht auf diesen einzigen Tag im März beschränkt sein wird, sondern auch in Zukunft mit Zoff zu rechnen ist. Bereits haben sich die Frauen auf nationaler Ebene wieder getroffen und beschlossen, weiterhin gemeinsam gegen die 11.AHV-Revision und für den Erwerbsersatz bei Mutterschaft zu mobilisieren.¹ Die jungen Studentinnen, die nach der „Patriarchenwahl“ die neue Gruppe Zoff! (Zürcher Offensive Frauen gegen Rechts) gegründet haben, sind sich einig, dass die Frauen jetzt tatsächlich in die Offensive gehen müssen: „Die Situation der Frauen wird sich nicht ändern, solange wir uns

nicht selber darum kümmern. Es bringt nichts, einfach frustriert zu sein und auf bessere Zeiten zu warten“ meint eine Geschichtsstudentin, die in Zoff! aktiv ist. Die Zoff!-Frauen haben beschlossen, im Hinblick auf den 16. Mai gegen die drei unsozialen und frauenfeindlichen Vorlagen des rechten Bundesrates (AHV-Revision, Steuerpaket und Mehrwertsteuererhöhung) mobil zu machen, da diese für die grosse Mehrheit Verschlechterungen bringt, während sich ein paar wenige Reiche noch mehr bereichern.²

Clara Zetkin, sozialistische Frauenrechtlerin und eine der ersten Befürworterinnen des Frauentages, würde sich darüber freuen, denn sie meinte schon 1911: „Wir müssen Sorge tragen, dass der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage all den reaktionären Massnahmen der Besitzenden, und ihrer willfährigen Dienerschaft, der Regierung, ist.“ ■

1. Über eine (bescheidene) Vorlage zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft wird im Herbst des laufenden Jahres abgestimmt. Es gibt hierzulande immer noch keine Mutterschaftsversicherung. Die Schweiz steht unter den führenden Industrieländern in dieser Hinsicht ziemlich allein auf weiter Flur. (Red.)

2. Siehe dazu den Beitrag von Lothar Moser in dieser Nummer

Weitere Infos unter: www.bfs-zh.ch

Wer interessiert ist an der BFS-Frauengruppe meldet sich unter: frauen@bfs-zh.ch

Rede der BFS-Frauen an der 8. März-Demo in Zürich

Heute sind wir in Zürich und in vielen anderen Städten auf der Strasse, weil wir es satt haben, ungleich behandelt zu werden, weil wir die Schnauze voll haben von Diskriminierungen. Wir Frauen sind wütend!

2003 war ein schwarzes Jahr für die Frauen: Zuerst die Erhöhung des Rentenalters, dann das Referendum der Rechten gegen den Erwerbssatz bei Mutterschaft... und schliesslich die Bundesratswahl vom 10. Dezember, die als „Patriarchenwahl“ in die Geschichte eingegangen ist.

Tausende von Frauen haben (wieder einmal) gemerkt, dass die Gleichstellung keineswegs realisiert ist und noch viel zu tun bleibt. Vor allem wir junge Frauen sind regelrecht aufgeschreckt, weil wir erkennen mussten, dass Männer an der Macht – nicht nur auf der politischen Ebene – keinen Wert auf reale Gleichberechtigung legen.

Obwohl uns ein Artikel in der Verfassung Gleichstellung garantieren sollte, sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Die Realität sieht ganz anders aus:

- Frauen verdienen durchschnittlich über 20 % weniger als Männer;
- Die Frauen leisten – selbstverständlich gratis – den grössten Teil der Haus- und Erziehungsarbeit;
- Drei von vier Müttern sind erwerbstätig, aber es fehlt überall an öffentlicher Kinderbetreuung und Tagesschulen.

Für die Patriarchen kann die Mutterschaftsversicherung warten. Viel lieber wollen sie noch mehr bei der AHV, den Sozialversicherungen und den öffentlichen Diensten kürzen!

Uns Frauen wurde bewusst, dass es mit der Gleichstellung der Geschlechter in den letzten Jahren nicht vorangegangen ist – im Gegenteil. Es gibt Rückschritte auf allen Ebenen, und wir Frauen wollen das nicht länger hinnehmen.

Wir wehren uns dagegen, dass in einem reichen Land wie der Schweiz das Parlament Kürzungen bei der AHV durchsetzt und gleichzeitig mit dem Steuerpaket den Reichen Steuergeschenke macht! So nicht, ihr Herren Couchepin, Blocher, Merz und Co.: Zuerst sagt ihr, dass ihr uns Frauen braucht, um mehr Kinder zu gebären und die AHV zu sichern. Dann kürzt ihr uns die Renten, macht Abstriche bei der Witwenrente und lässt uns nochmals länger arbeiten! Zudem wird



all die Arbeit, die Frauen zuhause leisten, bei den Renten nur ungenügend angerechnet. Nein, nicht mit uns!

Wir fordern Renten, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen und allen ein Alter in Würde ermöglichen.

Schluss mit dem Sozialabbau! Die öffentlichen Strukturen in der Kinderbetreuung, der Bildung und dem Gesundheitswesen müssen ausgebaut und nicht abgebaut werden!! Geld ist genug vorhanden, es ist nur in den falschen Händen von wenigen Profiteuren.

Die Patriarchenwahl bestätigte einmal mehr, dass wir unser Schicksal nicht in die Hände der „Gewählten“ im Bundesrat und im Parlament legen dürfen. Um die patriarchale Ordnung zu bekämpfen, müssen wir unsere Anliegen selber in die Hand nehmen und dürfen sie nicht an irgendwelche Institutionen delegieren. Veränderungen waren stets nur möglich, wenn die Frauen gekämpft haben, wenn sie mit kollektiven Aktionen den Trott der herrschenden Ordnung durchbrochen haben. Wie unsere Grossmütter, die das Frauenstimmrecht erkämpft haben, oder die Hunderttausende von Frauen, die am 14. Juni 1991 gestreikt und die ganze Schweiz stillgelegt haben!

Es herrscht Aufbruchstimmung – vor allem auch unter uns jungen Frauen. Jetzt müssen wir in die Offensive gehen und eine neue Frauenbewegung aufbauen! Stehen wir für unsere Rechte ein, machen wir Zoff, nach dem Motto: Brave Mädchen kommen in den Himmel, böse Mädchen kommen überall hin!

Heute sind wir in der ganzen Schweiz Zehntausende von Frauen auf der Strasse, um unserer Wut Ausdruck zu geben. Das

ist ein erster wichtiger Schritt. Um in der Gleichstellung der Geschlechter wirklich vorwärts zu kommen, reicht es nicht aus, zwei oder drei Bundesrätinnen mehr zu fordern. Wir müssen die herrschende Gesellschaftsordnung grundsätzlich hinterfragen. Wen treffen z.B. die Sparmassnahmen im Kanton Zürich am meisten und wem nützen die Steuergeschenke?

Eine Gesellschaft, in der der Profit von privaten Grosskonzernen mehr zählt als die Bedürfnisse der Bevölkerung, ist zutiefst frauenfeindlich!

Die immense Gratisarbeit, die Frauen tagtäglich im Haushalt leisten, und die Benachteiligung der Frauen in der Erwerbsarbeit zeigen, dass dieses System nur funktioniert, weil es auf Ausbeutung und Ungleichheit basiert!

Der Besetzungskrieg ist ein Beispiel dafür. Im Irak wie auch in Afghanistan hat sich gezeigt, dass der Krieg die Frauen nicht etwa befreit hat – im Gegenteil: Im Irak hat die Gewalt gegen die Frauen konstant zugenommen, und die Marionettenregierung unter Kontrolle der USA will die Sharia wieder einführen! Solidarisieren wir uns mit den irakischen Frauen, die heute in Bagdad auf die Strasse gehen, um sich gegen die US-Besetzung zu wehren!

Zusammen mit Frauen in Bagdad, London, Berlin, New York und anderswo sind wir heute auf der Strasse und stehen gemeinsam für eine andere, frauenfreundlichere Welt ein!

Wir Frauen sind überall. Wir sind viele und wir kommen wieder. Dieser Frauen-ProtestTag ist erst der Anfang! Es geht weiter – keine Frage, Frauenkampftag alle Tage!

Die zweite Welle rollt

Nach der Einführung des New Public Managements (NPM) in den 90er Jahren lancieren die helvetischen Wirtschaftskapitäne die zweite Welle der Gegenreformen im Hochschulbereich. Auf dem Programm stehen Studiengebühren von 5'000 Franken, die Ersetzung von Stipendien durch Darlehen, die Einführung eines Drei-Klassen-Modells der Hochschulen und die drastische Verschärfung der Selektion. Bildung soll zu einem privaten Gut werden, in das SchülerInnen und Studierende investieren müssen, damit es sich die Unternehmen umfassend aneignen können.

Peter Streckeisen

Der Name ist Programm. Seit wenigen Jahren nennt sich der Dachverband der Unternehmerverbände *economiesuisse* und gibt damit eindeutig zu verstehen, wer in wirtschaftlichen Fragen das Sagen hat.¹ Die Wirtschaft, an der wir ja alle beteiligt sind, besteht nur aus den Wirtschaftskapitänen, den Ospel (UBS), Vasella (Novartis), Brabeck (Nestlé) und Ihresgleichen, wenn es darum geht, die wichtigen Entscheide zu fällen. Diese erleuchteten Führer sind um unsere Zukunft besorgt und entscheiden gerne gleich selbst darüber. Zu diesem Zweck haben einige Grosskonzerne 1999 den ersten think tank nach amerikanischem Vorbild gegründet, den es in der Schweiz gibt. Er nennt sich *avenir suisse* und verfolgt das Ziel, die politische Agenda und Diskussion zu gestalten und „Lösungsvorschläge“ für gesellschaftliche Probleme zu präsentieren.²

Die „neuen Wege“ von *economiesuisse*

In der ersten Hälfte der 90er Jahre haben die Wirtschaftsführer mehrere so genannte Weissbücher publiziert und verlangt, die Sozialausgaben seien zu kürzen, die öffentlichen Dienste zu privatisieren, der Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und das Bildungssystem dem Markt anzupassen.³ Vieles davon ist durch die fleissige Arbeit aller Regierungsparteien auf Kantons-



Protest der Studierenden an der Uni Basel.

und Bundesebene umgesetzt worden, auch im Hochschulbereich. Doch damit nicht genug. Nach der Anpassung der Organisation der Schulen an das Modell der Privatunternehmen⁴ (New Public Management) bläst *economie-avenirsuisse* erneut zum Angriff auf die Rechte der SchülerInnen, Studierenden und Lohnabhängigen.

Am 20. Januar hat *economiesuisse* der Öffentlichkeit einen Bericht über „Neue Wege zur Hochschulfinanzierung“ vorgestellt, der von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Hans-Ulrich Doerig, dem Vizepräsidenten des Verwaltungsrats der Credit Suisse Group und Mitglied der Zürcher Universitätsrats, erstellt wurde.⁵ Die Autoren betonen die grosse Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz (dass sie auch noch anderen Zielen dienen könnten, wird kaum in Erwägung gezogen). Ganz richtig halten sie fest, die verfügbaren finanziellen Mittel reichten oft nicht aus, um die Qualität von Lehre und Forschung sicherzustellen. Unsere Wirtschaftskapitäne sind ausserdem

davon überzeugt, dass der Staat auch in Zukunft nicht mehr Mittel für das Bildungssystem bereithalten wird (dafür werden ihre Vertreter in Parlamenten und Behörden durch Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche sowie Kürzungen der Sozialbudgets gleich selbst sorgen). Aus diesem Grund müssten die Hochschulen zusätzliche Finanzierungsquellen erschliessen, vor allem durch höhere Studiengebühren. Die Studie rechnet Modelle mit Gebühren von 1'000 bis 10'000 Franken pro Jahr vor und favorisiert als helvetischen Kompromiss 5'000 Franken.

You get what you pay for

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass der Verweis auf die leeren Kassen nicht das wichtigste Argument von Doerig und seinen erleuchteten Mitdenkern ist. Ohnehin würde bei Studiengebühren von 5'000 Franken nur eine halbe Milliarde Franken an zusätzlichen Einnahmen entstehen, während Bund, Kantone und Gemeinden allein durch das am 16. Mai zur Abstimmung vorliegende, von econo-



Demo am 29. Januar in Basel.

miesuisse unterstützte Steuerpaket etwa 4.4 Milliarden Franken verlieren würden.⁶ Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung ein Hohn, durch höhere Gebühren liessen sich die Qualität des Studiums verbessern und zusätzliche Lehrstühle einrichten. Im Verlauf der 90er Jahre wurden die Studiengebühren etwa verdoppelt, während sich die Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen deutlich verschlechtert haben.⁷ Auch der Hinweis auf den internationalen Vergleich überzeugt nicht, liegen doch in Westeuropa (im Gegensatz zum angelsächsischen Raum) die Gebühren in der Regel auf einem tieferen Niveau als in der Schweiz.

Als wichtigstes Argument bleibt die Aussage, Bildung sei ein privates Gut, von dem in erster Linie die Person profitiert, die sich bildet.⁸ Deshalb sei es gerecht, wenn die Studierenden einen grösseren Anteil der Kosten tragen würden. Einmal abgesehen davon, dass es vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts gerade für

junge Lohnabhängige immer schwieriger wird, eine Stelle zu finden, die ihrer Ausbildung entspricht und ein gutes Einkommen sichert⁹, kommt diesem Argument eine politische und ideologische Bedeutung von grosser Tragweite zu. Denn es lässt sich auf alle öffentlichen Dienste (Bildung, Pflege, öffentlicher Verkehr, Museen, usw.) anwenden, von denen immer gesagt werden kann, dass sie vor allem dem/r Benutzer/in einen Nutzen bringt. Es geht also grundsätzlich um die Frage, ob es öffentliche Güter geben soll, auf die alle ein Recht haben, oder ob sich die Menschen auf dem Markt einfach nur kaufen können, was sie sich zu leisten vermögen. You get what you pay for: so lapidar formulieren die Autoren des Berichts denn auch das Problem... und die Lösung des Problems (S. 77).

Bildung als privates Gut... der Konzerne

Unsere Wirtschaftskapitäne wissen sehr wohl, dass von der Bildung nicht nur die Person profitiert, die sich bildet, sondern

auch die „Wirtschaft“, die Unternehmen selbst. Sie brauchen gut ausgebildetes Personal in grosser Zahl, auch viele Lohnabhängige mit Hochschulbildung. Natürlich hätten sie diese Ressource gerne möglichst billig und ihren Anforderungen entsprechend. Fügsam soll die gebildete Arbeitskraft auch sein und vor allem nicht auf den Gedanken kommen, ihre Bildung garantiere ein Recht auf eine Stelle und ein bestimmtes Einkommen. Hohe Studiengebühren sind in dieser Hinsicht wirksam: Sie begünstigen eine Haltung der Studierenden, sich selbst als Unternehmer zu begreifen und in ihr Humankapital zu investieren, um später eine Bildungsrendite zu erzielen. Sie erhöhen den Druck, das Studium in kurzer Zeit zu absolvieren und „auf den Markt“ auszurichten. Sie räumen mit der Vorstellung auf, dass junge Menschen ein Recht auf Bildung haben. Die Abschaffung des Rechts auf Bildung ist für die Wirtschaftskapitäne ein Mittel, um auf dem Arbeitsmarkt alle Rechte der Lohnabhängigen anzugreifen. Auch in dieser Hinsicht soll Bildung zum privaten Gut werden: Das „Humankapital“ des Personals soll ganz den Unternehmen gehören und Bildung nur dazu dienen, die employability der Menschen zu steigern, ihre Eignung zur Ausbeutung durch das Kapital.

Natürlich wird in der Studie von economiesuisse behauptet, hohe Studiengebühren liessen sich sozialverträglich einführen. Zu diesem Zweck wird die Errichtung eines Darlehenssystems vorgeschlagen. Im Gegensatz zu Stipendien müssen Darlehen jedoch zurückbezahlt werden. Die Autoren stellen ein Modell vor, in dem Studierende fünf Jahre lang jeweils 25'000 Franken beziehen. Selbst wenn diese Darlehen nicht verzinst würden, müssten sie nach Abschluss des Studiums zehn Jahre lang 12'500 Franken pro Jahr zurückbezahlen. Weil die soziale Herkunft nicht nur den Erfolg im Bildungssystem, sondern auch die Zugangschancen zu Stellen mit hohem Einkommen beeinflusst¹⁰ und Studierende aus privilegierten Kreisen gar keine Darlehen brauchen würden, läuft das vorgeschlagene Modell ganz offensichtlich auf eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit hinaus. Ausserdem könnte es sein, dass

Portfoliobereinigung an der Uni Basel

Am 22. Januar hat der Basler Universitätsrat, dessen Präsident R. Soiron zugleich Verwaltungsratspräsident des grössten Zementkonzerns der Welt (Holcim AG) ist, einen umfassenden Restrukturierungsplan vorgelegt. Im Sinne einer auf die Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten „Portfoliobereinigung“ (der Begriff entstammt dem Vokabular der Finanzmärkte und Grossinvestoren) sollen gewisse Bereiche (vor allem die Life Sciences) ausgebaut, andere reduziert oder geschlossen werden. Die Löhne des Personals werden gekürzt. Diese Absichten haben eine breite Welle des Protestes ausgelöst. Am 29. Januar demonstrierten 3'000 Personen und forderten teilweise die Abschaffung oder den Rücktritt des Universitätsrats. Im März wurden den Behörden etwa 30'000 Unterschriften gegen die Schliessung von Slawistik, Astronomie und Geologie übergeben. Dennoch hält der Universitätsrat weitgehend an seinem Plan fest, der im Herbst durch Regierung und Parlament im Rahmen der Aushandlung des Leistungsvertrags mit der Universität (2005-08) diskutiert werden muss. Die Protestbewegung wird einen langen Atem brauchen, sowie Verbindungen zu engagierten Studierenden und Angestellten an den anderen Hochschulen.

die Darlehen mittelfristig das Stipendienwesen, dessen finanzielle Mittel seit Jahren rückläufig sind, nicht nur ergänzen, sondern ersetzen.

Ein Profil mit drei Klassen

Nachgedoppelt hat avenir suisse anfangs April mit einer Studie, die den Titel „Hochschule Schweiz: ein Vorschlag zur Profilierung im internationalen Umfeld“ trägt und auch in wohlwollenden Kommentaren als provokant bezeichnet wurde.¹¹ Weil sich durch die Liberalisierung der Bildungsmärkte und die Umsetzung der Bologna-Deklaration¹² der internationale Wettbewerb verschärfe, müsse die Schweiz ihr Hochschulprofil schärfen und ein „trivalentes“ System aus nationalen, europäischen und globalen Hochschulen herausbilden. Hinter dieser Formel steckt die Idee eines Drei-Klassen-Systems, denn es geht um eine hierarchische Rangordnung der Hochschulen, deren Bildungsgänge mehr oder weniger wert sein werden. Zwei oder drei globale Elitehochschulen sollen Spitzenforschung betreiben und die meisten Studie-

renden bis zum Master oder zum Doktorat führen. Europäische Hochschulen sollen ihre Forschung auf die Praxis ausrichten und etwa gleich viele Bachelor- wie Masterdiplome ausstellen. An den nationalen Hochschulen soll (en) kaum Forschung betrieben, die Studiengänge beruflich ausgerichtet und nur ausnahmsweise Masterdiplome angeboten werden. Der Unterricht darf dafür in der Landessprache geschehen, wogegen an den globalen Hochschulen nur englisch gesprochen würde.¹³ Es versteht sich von selbst, dass im Projekt von avenir suisse die Qualität der Bildung (Betreungsverhältnisse, usw.) mit zunehmender Präsenz der Landessprachen abnimmt.

Die Autoren der Studie heben hervor, dass sich ein wettbewerbsfähiges Profil der schweizerischen Hochschulen nicht ohne drastische Verschärfung der Selektion herstellen lässt, die zur wichtigsten Garantin von Qualität (v) erklärt wird. Deshalb sei das Recht auf freien Hochschulzugang mit dem Maturitätszeugnis abzuschaffen. Den Hochschulen müsse die Kompetenz zugestanden werden,

nicht nur die Gebühren festzulegen, sondern auch ihre Studierenden nach eigenen Regeln auszuwählen (Bewerbungsdossiers, Tests, Prüfungen, usw.). So lange dafür die gesetzliche Grundlage fehle, sei die Selektion zu Beginn des Studiums zu verschärfen. Als Vorbild wird die Hochschule St. Gallen (HSG) genannt, wo am Ende des ersten Studienjahrs (assessment year) selektive Prüfungen durchgeführt werden, deren Ziel darin besteht, einen grossen Teil der Studierenden raus zu werfen.

So sieht die Zukunft des Bildungssystems aus, wenn wir sie den erleuchteten Führern von economie-avenir-suisse überlassen. Gegen diese zweite Welle der neokonservativen Gegenreform muss eine breite Front des Widerstands eröffnet und dafür gekämpft werden, dass Bildung ein Service Public ist, ein öffentliches Gut und ein Recht für alle. ■

Weitere Infos:

www.zuv.unibas.ch/uni/lvb20052008/
www.gegen-bildungsabbau.ch.tf

1. In Frankreich hat sich der Unternehmerdachverband in Mouvement des Entreprises de France (MEDEF) umbenannt und damit versucht, etwas von der wachsenden Legitimität der sozialen Bewegungen zu erhaschen. Dass dieses Manöver nicht sehr erfolgreich war, zeigt sich darin, dass die sozialen Proteste nicht abreißen und sich explizit gegen den MEDEF richten. Auch die Niederlage der Regierung Raffarin in den Regionalwahlen von März/April 2004, die sich selbst im Ernst als La France d'en bas bezeichnete, ist Ausdruck davon, dass die von den Unternehmern geforderten Massnahmen in der Bevölkerung auf eine breite Ablehnung treffen.

2. Avenir suisse wird von folgenden Unternehmen finanziert: ABB, Credit Suisse, Groupement des Banquiers Privés Genevois, K. Jacobs Holding, Kuoni Reisen Holding, McKinsey, Nestlé, Novartis, Roche, UBS, Sulzer, Swiss Re und Zurich Financial Services. Zum Direktor wurde Thomas Held bestimmt, der 1968 eine Rolle als Sprecher der StudentInnenproteste in Zürich spielte und besonders gut geeignet erscheint, um die Interessen der Unternehmer hinter einen Schein

von Gerechtigkeit und Sorge um das Gemeinwohl zu verbergen.

3. Vgl. insbesondere David de Pury (Hg.): Mut zum Aufbruch: eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz. Zürich, Orell Füssli, 1995.

4 Die Organisation der Universitäten ähnelt immer mehr der von Grosskonzernen der Privatwirtschaft. So gibt es in Basel und Zürich inzwischen einen Verwaltungsrat (Universitätsrat), in dem Vertreter von Industrie und Finanz sitzen und über die Belange der Universität entscheiden. Ausserdem wurden die Kompetenzen der Rektorate gestärkt, die „professionalisiert“ werden und sich zunehmend wie das oberste Management eines Unternehmens (Geschäftsleitung) aufzuführen. Unter diesen Bedingungen ist Mitbestimmung eine Farce.

5. Der Bericht ist auf dem Netz einsehbar: http://www.economiesuisse.ch/d/Studie_Bildung.pdf

6. Hinzu kommt, dass die Autoren des Berichts vorschlagen, ca. 100 oder 200 Millionen Franken für ein neues System von Darlehen aufzuwenden (cf. weiter unten in diesem Artikel). Übrig blieben dann also 300 oder 400 Mil-

lionen Franken an zusätzlichen Einnahmen. Ein bescheidener Betrag, wenn Bildung und Wissenschaft wirklich so entscheidend sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz...

7. An den schweizerischen Universitäten betragen die Studiengebühren heute zwischen 1'000 und 1'500 Franken pro Jahr. Eine Ausnahme bildet die noch junge Tessiner Universität, wo Studierende mit Schweizer Pass 4'000 und alle anderen Studierenden 8'000 Franken pro Jahr bezahlen müssen.

8. Die so genannte Humankapitaltheorie betrachtet Bildung als Investition in Humankapital, aus der sich für die gebildete Person eine Bildungsrendite (ein höheres Einkommen) ergibt.

9. Zur Situation der HochschulabgängerInnen vgl. Bundesamt für Statistik: Von der Hochschule ins Berufsleben, 2002. Eine andere aktuelle Studie zeigt die Schwierigkeiten von Jugendlichen beim Übertritt von der obligatorischen Schule in weiterführende Bildungsgänge bzw. ins Erwerbsleben auf: Bundesamt für Statistik: Wege in die nachobligatorische Ausbildung (TREE Transitions from Education to Employment), 2003.

10. Soziologische Studien haben aufgezeigt, dass beim Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft die soziale Herkunft viel wichtiger ist als der Bildungstitel. Vgl. für Deutschland M. Hartmann: Leistung oder Habitus? Das Leistungsprinzip und die soziale Offenheit der deutschen Wirtschaftselite, in U. Bittlingmayer et al. (Hg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, 2002, S. 361-377.

11. Vgl. NZZ, 3./4. April 2004. Die Studie ist auf dem Netz zu finden: <http://www.avenir-suisse.ch/2018.0.html>

12. Zu Bologna vgl. unseren Artikel in Debatte Nr. 7, 2004, S. 18-21.

13. In der Studie wird auf eine umfassende Zuteilung der Hochschulen in die drei Kategorien des trivalenten Systems verzichtet. Allerdings werden Beispiele genannt, so die ETH Zürich als globale, die Hochschule St. Gallen (HSG) als europäische und die Universität Luzern als nationale Hochschule. Jedenfalls sollen die drei Kategorien nicht einfach der Unterscheidung von ETH, Universitäten und Fachhochschulen entsprechen.

Ein nationaler

Anfang April hat der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen die irakische Bevölkerung eine neue Stufe erreicht. Alleine in den ersten drei Aprilwochen wurden weit über 1'000 Irakerinnen und Iraker von den US-Truppen getötet. Auf den wachsenden Widerstand grosser Teile der Bevölkerung reagieren die Besatzungstruppen mit der massenhaften kollektiven Bestrafung ganzer Städte. Im Gegensatz zu den bisherigen Medienberichten ist im Irak kein Bürgerkrieg ausgebrochen. Vielmehr entwickelt sich ein nationaler Widerstandskampf, der unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der Ablehnung der Fremdherrschaft vereint.

Christian Zeller

Die Informationen über die schrecklichen Vorgänge in Falludscha, einer Stadt mit 300'000 EinwohnerInnen rund 60 Kilometer westlich von Bagdad, gelangen nur verzögert an die Öffentlichkeit. Dank der Anwesenheit einiger mutiger MitarbeiterInnen humanitärer Organisationen und von JournalistInnen können wir uns ein Bild über die Grausamkeiten und Kriegsverbrechen der US-Truppen in Falludscha machen.

Massenterror der USA in Falludscha

Angeblich um jene Personen zu fassen, die vier Angehörige einer privaten Söldnertruppe getötet und die Leichen geschändet hatten, begann die US-Armee am 5. April, die gesamte Stadt zu belagern, um sie anschliessend militärisch zu besetzen. Aufgrund der energischen Gegenwehr der irakischen Widerstandskämpfer wäre das nur unter Inkaufnahme grosser eigener Verluste und der massiven Bombardierung der gesamten Stadt möglich gewesen. Dennoch starben zwischen dem 5. und dem 15. April über 700 Menschen, mehrheitlich nicht kämpfende Zivilisten, im Kugel- und Bombenhagel der Besatzungstruppen. Beinahe ein Drittel der Bevölkerung der Stadt ist geflohen. Viele Menschen gingen nach Bagdad, die meisten von ihnen mit wenig Geld und Kleidung. Denn sie dachten, dass sie nach wenigen Tagen zurückkehren könnten.

Tote und Verletzte lagen tagelang auf den Strassen herum. Die Besatzer schossen auf alles, was sich bewegte: Menschen, Tiere... auch Ambulanzen wurden beschossen. Mit modernster Technologie und Nachtsichtgeräten ausgerüstete US-Scharfschützen lauern weiterhin auf Dächern und hinter Mauern. Solche Berichte erinnern an Sarajewo zu Beginn des Kriegs auf dem Balkan (1992). Rahul Mahajan (www.empirenotes.org/fallujah.html) berichtet, dass die US-Truppen das auf der gegenüberliegenden Seite des Euphrat liegende Spital der Stadt blockierten, indem sie die Brücke sperrten. Dem Personal wurde es verunmöglicht, seiner lebensrettenden Arbeit nachzugehen. Wegen der dramatischen Zustände für die Verletzten, und um das Spital wieder zugänglich zu machen, liessen sich die bewaffneten Widerstandsgruppen Mitte April auf Verhandlungen über einen Waffenstillstand ein. Diese Verhandlungen mit den US-Truppen wurden aber nicht von ihnen geführt, sondern durch Parteien und Vertretern des sogenannten Regierungsrates, den die USA eingesetzt haben.

Trotz der „Waffenruhe“ gingen die US-Angriffe gegen die Zivilbevölkerung weiter. Die Los Angeles Times zitierte am 17. April einen in Falludscha eingesetzten 21jährigen US-Soldaten. „Es ist ein

Die Segen des Imperialismus: Freiheit, Demokratie...



Traum für Scharfschützen“, sagte er. „Man kann überall hingehen und es gibt so viele Arten, auf den Feind zu schießen, ohne dass er weiss, wo man ist.“ Experten der Marines würden die Stadt als das „zielreichste“ Kampfgebiet für Scharfschützen seit den Kämpfen um Stalingrad im Zweiten Weltkrieg bezeichnen, berichtete die US-Zeitung. Kriegsminister Rumsfeld selbst gab am 20. April zu verstehen, dass er nicht viel von Waffenstillständen mit Aufständischen hält und kündigte weitere Offensiven der US-Armee an. Die USA würden es nicht akzeptieren, dass sich in Teilen des Landes Strukturen einer Gegenmacht durchsetzen.

Kein Bürgerkrieg, sondern ein nationaler Befreiungskampf

Die Unterstützung des Widerstandes von Falludscha durch die Bevölkerung in Bagdad ist unabhängig von der Zugehörigkeit zur Konfession der Sunniten oder Schiiten eindrucklich. Sowohl die Menschen in mehrheitlich schiitischen als auch sunnitischen Stadtteilen Bagdads sammeln Hilfsgüter und spenden Blut für die Opfer von Falludscha.

Die Besatzer und die westlichen Medien malen immer wieder die Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen Sunniten und

Widerstand im Irak

Schiiten an die Wand, um die Präsenz der Truppen aus den USA zu rechtfertigen. Die breite Solidarisierung mit dem Aufstand in Falludscha deutet in eine andere Richtung. Es entwickelt sich ein nationaler Widerstandskampf unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gegen die Besatzungsmächte. Angesichts der Lebensbedingungen und der permanenten Demütigung durch die Besatzungstruppen ist das nicht erstaunlich. Die soziale Lage ist katastrophal. Das Handelsministerium gab im Dezember 2003 bekannt, dass achteinhalb Millionen Iraker, das heisst 40 % der gesamten Bevölkerung, arbeitslos sind.

Dass sich der Widerstand ausbreitet, wird auch durch die aufstandsähnlichen Ereignisse in Najaf, Kerbala und Kut im Süden des Landes deutlich. Weite Teile der schiitischen Bevölkerung lehnen sich gegen die Besatzer auf. Besonders in Najaf, einer Stadt mit einer grossen religiösen Bedeutung für die Schiiten, hat sich die Situation zugespitzt.

Eigentlich wollten die USA die wichtigen Repräsentanten des schiitischen Klerus in die neuen Machtstrukturen einbinden. Sie überliessen Vertretern des Obersten Rats für die islamische Revolution (SCIRI), deren Führer sich vor dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein im iranischen Exil aufhielten, mehrere Sitze im

Marionetten-Regierungsrat. Der einflussreiche Ayatollah Sistani verfolgte eine Doppelstrategie. Er lehnte sich bislang nicht offen gegen die Besatzer auf, mobilisierte aber zu riesigen Massendemonstrationen, um seinen Einfluss zu wahren. Er forderte direkte und allgemeine Wahlen zur Bildung einer neuen Regierung. Als US-Prokonsul Bremer die Interimsverfassung durch den Regierungsrat peitschte, bestritt Sistani deren Legitimität, solange sie nicht durch eine gewählte Nationalversammlung beschlossen sei. Muqtada al-Sadr, Sohn des bedeutenden schiitischen Geistlichen Muhammad Sadiq al-Sadr, der von Saddam Hussein 1999 ermordet wurde, baute in den armen Stadtteilen Bagdads und in einigen Städten im Süden des Irak sein eigenes Netzwerk auf und formierte die sogenannte Mehdi-Armee, ohne allerdings die offene Machtprobe mit den Besatzern zu suchen. Nachdem die Besatzungsbehörde am 28. März seine Zeitung verboten und einen engen Mitarbeiter verhaftet hatte, organisierte Sadr in vielen Städten Massendemonstrationen. Diese wurden blutig niedergeschlagen. Danach kam es in mehreren Städten zu aufstandsähnlichen Zuständen. Kämpfer der Mehdi-Armee vertrieben die lokale Polizei und kampfunwillige ukrainische Soldaten und übernahmen zeitweilig die

Kontrolle in Kerbala, Kut und Najaf. Die US-Truppen haben es bis zum 23. April nicht gewagt, in Najaf einzumarschieren und ihre Drohung in die Tat umzusetzen, Sadr zu töten oder zu fangen. Die Angst, einen allgemeinen Aufstand im ganzen Land und damit auch Unruhen in vielen arabischen Ländern zu provozieren, hat sie bislang davon abgehalten, die Kontrolle über die Stadt zu übernehmen. Doch die Führer der US-Armee haben klargestellt, dass sie diese labile Situation nicht lange akzeptieren werden.

Die Irakisierung funktioniert nicht

Die USA haben bislang die „Irakisierung“ des Kriegs angestrebt. Irakische Kräfte sollen die Drecksarbeit der Sicherstellung der Ordnung übernehmen. Bis zu ▶

...Sicherheit und Wohlstand für das irakische Volk.



Besatzungstruppen

Nördliche Zone :	
USA etwa	135000
Zentrale Zone :	
Australien	800
Südkorea	400
Portugal	128
Zentrale Zone Süd :	
Polen	2460
Ukraine	1600
(Spanien	1300)
Rumänien	700
Bulgarien	480
Thailand	440
El Salvador	380
(Honduras	370)
Ungarn	300
Mongolei	170
(Dominik. Rep.	150)
Südliche Zone :	
Grossbritannien	10000
Italien	3000
Niederlande	1100
Dänemark	500
Japan	370
(Norwegen)	179

In Klammern sind jene Länder aufgeführt, die den Rückzug ihrer Truppen angekündigt haben.

20'000 Iraker wurden für die paramilitärischen Verteidigungstruppen rekrutiert. Die neu aufzubauende Armee soll mittlerweile aus 6'000 Soldaten bestehen. Rund 60'000 Iraker wurden bereits auf ihre Aufgabe als Polizisten vorbereitet. Der Aufstand hat diese Bemühungen der USA massiv zurückgeworfen. Am 5. April verweigerten mehrere Hundert Soldaten der neuen irakischen Armee den US-Marines ihre Unterstützung. Sie hätten gemeinsam mit den Besatzern eine Offensive gegen Aufständische in Falludscha starten sollen. Das Problem ist noch schwerwiegender. Mittlerweile haben Rebellen zehn Prozent der Truppe unterwandert und arbeiten „gegen uns“, gestand der US-General Martin Dempsey, Kommandeur der 1. Panzerdivision, der Nachrichtenagentur AP am 21. April. 40 Prozent der neu eingestellten Sicherheitskräfte haben ihren Job schon wieder an den Nagel gehängt. Nun geht die Debatte in eine andere Richtung. Die Armeeführung verlangt eine vorläufige Aufstockung des US-Truppenbestandes im Irak um mindestens 20'000 Soldaten. Prokonsul Paul Bremer teilte am 18. April dem Bagdader Stadtrat mit, dass die irakischen Sicherheitskräfte bis zum 30. Juni, dem Zeitpunkt der „Übergabe der

Macht an eine souveräne irakische Regierung“, nicht in der Lage seien, die Bedrohung aus eigener Kraft abzuwehren. Der Bush-Clan und sein britischer Gehilfe Blair lassen nicht den geringsten Zweifel aufkommen, dass sie ihre Truppen noch jahrelang im Irak lassen werden. Das weckt Erinnerungen an andere dunkle Zeiten.

Wie in Vietnam?

Der Spiegel vom 19. April erinnerte mit seiner Titelgeschichte an den Vietnamkrieg: „Die Falle Irak. Bush Vietnam“. Das führende deutsche Nachrichtenmagazin bringt damit die in den USA zunehmende Angst zum Ausdruck, in einen jahrelangen blutigen Krieg zu schlittern – wie in Vietnam vor vierzig Jahren. Senator Edward Kennedy, dessen Bruder John F. Kennedy als demokratischer Präsident in den frühen sechziger Jahren den Vietnam-Krieg losgetreten hatte, sagte Anfang April vor der einflussreichen Brookings Institution: „Der Irak ist Bushs Vietnam“.

Der Vergleich ist für die USA, aber auch für die irakische Bevölkerung schmerzlich. Hoffentlich können die internationale Antikriegsbewegung und der irakische Widerstand den Krieg beenden, bevor es zu einem mit dem Vietnamkrieg vergleichbaren Blutzoll kommt. Zur Erinnerung: 58'000 US-Soldaten fielen im Kampf, etwa gleiche viele begingen Selbstmord nach ihrer Rückkehr aus dem Kriegsgebiet, und mehr als 1,5 Millionen VietnamesInnen verloren das Leben. Es gibt aber viele Unterschiede: Noch ist der militärische Widerstand im Irak nicht vergleichbar mit der organisatorischen und politischen Kraft der nationalen Befreiungsfront (Vietcong) in Vietnam. Die geopolitische Situation präsentiert sich nach dem Ende des „Kalten Kriegs“ völlig anders, und die Nachbarstaaten Syrien und Iran bieten kein Hinterland für Widerstandstruppen. Der Vergleich ist für die Antikriegsbewegung dennoch lehrreich. Der starke Widerstand in Vietnam und die Bewegung gegen den Krieg vermochten die Machteliten in den USA zunehmend zu spalten. Schliesslich drängten Anfang der siebziger Jahre die wichtigsten Vertreter des US-Kapitals auf ein Kriegsende.

Tatsächlich ist der von Spanien in die Wege geleitete Rückzug seiner Truppen aus dem Irak ein später Erfolg der sehr starken Antikriegsbewegung in diesem Land. Die Breite der Bewegung verhinderte ein stärkeres Engagement anderer europäischer Länder am Krieg. Die Entwicklung eines umfassenden gesellschaftlichen Widerstandes in den USA und in Grossbritannien ist entscheidend, um den Rückzug der US-Truppen zu erzwingen. Da die demokratische Partei keineswegs für einen Rückzug einsteht, geht die Stärkung der Antikriegsbewegung in den USA mit der Herausforderung einher, eine antikapitalistische Bewegung aufzubauen. Das gilt umso mehr in einer ökonomischen Situation, die sich deutlich von jener der sechziger Jahre unterscheidet. Der heutige Besatzungskrieg findet im Kontext einer internationalen neokonservativen Offensive statt. Die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten verschlechtern sich auch in den führenden Industrieländern. Die USA werden den Krieg nur finanzieren können, wenn die Regierung ihre Angriffe auf die Lohnabhängigen im eigenen Land verschärfen kann und gleichzeitig weiterhin gewaltige Kapitalmassen aus anderen Teilen der Welt, also vor allem aus Europa und Japan, anzuziehen vermag. Angesichts dieser ökonomischen Zwangslage und trotz den militärischen Schwierigkeiten, die mit politischen Unwägbarkeiten einhergehen, wird die US-Regierung in der Logik einer fortgesetzten Flucht nach vorne ihren Kurs wahrscheinlich fortsetzen und gar verschärfen.

Stärkste US-Botschaft der Welt als Sitz der Kolonialverwaltung

Die „Irakisierung“ der Aufstandsbekämpfung ist vorerst gescheitert. Der von den USA eingesetzte Marionetten-Regierungsrat hat keine Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Dennoch tut die US-Regierung so, als ob sie den Irak Ende Juni in die Souveränität entlassen würde.

In Wirklichkeit wird die Besatzungsbehörde diplomatisch einfach in eine US-Botschaft umgewandelt. Anstelle des Prokonsuls Paul Bremer soll John Negroponte, der ehemalige „Vizepräsident für globale Märkte“ des McGraw-Hill Konzerns

Die Privatisierung des Krieges

Ein Teil des Krieges wurde privatisiert. Rund 20000 bewaffnete Angestellte von Sicherheitsfirmen befinden sich im Irak. Viele dieser Leute sind Söldner, die für US-amerikanische Firmen arbeiten, sich aber auch an militärischen Auseinandersetzungen beteiligen.

Zu den wichtigen Rekrutierungsfirmen zählen Blackwater, Hart Group, Rubicon International und Global Risk Strategies. Sie rekrutieren ehemalige Soldaten vor allem aus den USA, Grossbritannien, Südafrika und Chile. Gefallene Söldner erscheinen nicht in den Zahlen der Truppen, da sie als Privatpersonen gelten (Robert Fisk, Severin Carrell in *The Independent*, 28.03.2004; *Der Standard*, 20.4.2004, <http://derstandard.at>).

und derzeitige UNO-Botschafter der USA, als US-Botschafter das Zepter im Irak übernehmen. Negroponte begann seine Karriere in der Zeit des Vietnamkriegs. In den frühen 80er Jahren war er US-Botschafter in Honduras. Er finanzierte dort Todesschwadronen gegen Linke und Gewerkschafter, und liess Honduras zu einer militärischen Basis für die „Contras“ ausbauen. Die „Contras“ versuchten mit Massakern an der Zivilbevölkerung die sandinistische Regierung im benachbarten Nicaragua zu stürzen. Negroponte ist also einer, der die ganz dreckigen Geschäfte übernehmen kann. Es gibt wahrscheinlich nur wenige Personen der US-Diplomatie, die besser dafür qualifiziert sind, die imperialistische US-Politik kompromisslos umzusetzen und sie zugleich in die hohlen Worte von „Menschenrechten und Demokratie“ zu hüllen. Die neue US-Botschaft wird das eigentliche Machtzentrum im Irak darstellen. Diese Kolonialverwaltung mit 1'000 Angestellten liegt in der festungsartig geschützten, hermetisch abgeriegelten, zehn Quadratkilometer grossen „grünen Zone“ im Zentrum Bagdads.

Selbstverständlich soll auch die militärische Gewalt vollumfänglich in der Hand der US-Besatzungstruppen verbleiben. Die vorgesehene Übergabe der Regierungsgeschäfte an eine „soverän“ genannte Regierung ist nichts weiter als eine Täuschung der internationalen Öffentlichkeit. Der wachsende Widerstand der irakischen Bevölkerung zeigt klar, dass sie darauf nicht hereinfällt.

Die UNO als Rettungsanker für die USA

Ganz anders die Reaktionen der UNO sowie der Regierungen Deutschlands und Frankreichs. Sie begrüssen das Manöver der USA ausdrücklich. UNO-Spitzendiplomat Brahimi und Generalsekretär Annan leisten der Politik des Bush-Clans diplomatische Schützenhilfe, indem sie versuchen, den irakischen Notabeln und Clanführern sowie den kriegskritischen Ländern in Europa, letztlich also deren Bevölkerungen, die Unterstützung des US-amerikanischen Zeitplans „zur Souveränität des Irak“ abzurufen.

Die Haltung gegenüber der UNO ist in der Antikriegsbewegung umstritten. Pazi-

fistische Strömungen und jene, die sich nicht klar gegen die „kriegskritischen Regierungen“ in Europa stellen wollen, fordern ein stärkeres Engagement der UNO im Irak. Die einen wünschen sich nur eine politische und humanitäre, andere auch ein polizeiliche und gewisse sogar eine militärische Rolle der UNO. Um das Abgleiten des Landes in das totale Chaos zu vermeiden, müsse eben die UNO für Ordnung und Sicherheit sorgen, lautet das Argument. Das heisst letztlich aber nichts anderes, als der Besetzung des Irak in einem neuen Kleid zuzustimmen. Jetzt ein militärisches Engagement der UNO zu fordern, leitet nur Wasser auf die Mühlen der imperialistischen Interessen der stärksten europäischen Länder. In einer Situation, in der selbst die USA wieder vermehrt einen Beitrag der UNO wünschen, schwächt die Forderung nach UNO-Truppen die Antikriegsbewegung in Europa und in den USA und beraubt sie ihrer Unabhängigkeit. Die politische Herausforderung besteht hingegen darin, das Recht auf politische und nationale Selbstbestimmung der irakischen Bevölkerung breit in der öffentlichen Meinung in Europa und in den USA zu verankern.

Selbstbestimmung für demokratische und soziale Rechte

Die USA wissen, dass sie freie Wahlen auf absehbare Zeit nicht zulassen können. Wahrscheinlich würde sich die Mehrheit der Bevölkerung für Parteien entscheiden, die den Abzug der US-Besatzungstruppen im Lande sind, kann es ohnehin keine wirklich freien Wahlen geben. Die irakische Bevölkerung und die Organisationen, die sie zur Vertretung ihrer Interessen wählt, müssen das Recht erhalten, über die Belange des Landes selbst zu entscheiden. Die kurdische Bevölkerung soll in einem Referendum entscheiden dürfen, ob sie im Irak verbleiben oder einen eigenen Staat bilden will, der allerdings die Rechte anderer Bevölkerungsgruppen anerkennen müsste. Diese Forderungen sind zurzeit nicht durchsetzbar. Darum bildet sich im Irak eine vielfältige und breit abgestützte nationale Widerstandsbewegung gegen die Besetzung des Landes. Offensichtlich beteiligen sich an diesem Widerstand

reaktionäre Kräfte wie die Mehdi-Armee von Muqtada al-Sadr, die Frauen unterdrückt und mit ihrer Gewalttätigkeit ihre politischen Rivalen im Irak einschüchtert.

Dennoch sollte die Antikriegsbewegung den Widerstand der Bevölkerung gegen die Besatzer als legitim anerkennen und unterstützen. Es ist legitim, Falludscha und Najaf gegen die brutalen Besatzer zu verteidigen. Es ist legitim, in den Stadtteilen Bagdads Strukturen der Selbstverteidigung und Selbstorganisation aufzubauen. Noch stärker als bisher sollte die Antikriegsbewegung zwei Dinge miteinander verbinden: einerseits eine möglichst breite Bewegung für den bedingungslosen Rückzug der imperialistischen Besatzungstruppen aufbauen und andererseits eine Solidaritätsarbeit mit jenen Organisationen im Irak entwickeln, die den Kampf für nationale Selbstbestimmung verknüpfen mit der Forderung nach demokratischen, sozialen, gewerkschaftlichen, kulturellen und religiösen Rechten für alle Bevölkerungsgruppen. Die nationale und soziale Befreiung sind im Irak untrennbar miteinander verbunden. ■

Nützliche Websites zur Entwicklung im Irak

www.zmag.org (täglich Berichte aus dem Irak)

www.empirenotes.org (täglich Berichte aus dem Irak)

www.occupationwatch.org (täglich Berichte aus dem Irak)

www.iraqbodycount.net (Berichte über die Gräueltaten des Kriegs)

english.aljazeera.net (täglich neue Berichte aus dem Irak)

www.socialistworker.co.uk (sozialistische Zeitung in England)

www.internationalsocialist.org (sozialistische Zeitung in den USA)

www.jungewelt.de (linke Zeitung in Deutschland) Illustrationsmaterial

Neue Herausforderungen,

Am 3. April 2004 fand in Berlin, Köln und Stuttgart die zusammengewomen grösste Demonstration gegen Sozialabbau seit Bestehen der Bundesrepublik statt, der Grösse nach gleichauf mit den Friedensdemonstrationen der frühen 80er Jahre. Die Folgen werden ungleich weiter reichen.

Angela Klein

Vor einem Jahr schien es noch unmöglich, dass sich breiterer Widerstand formierte. Dabei hatte der Bundeskanzler am 14. März 2003 eine Ansprache an die Nation gehalten, die „Blut, Schweiß und Tränen“ ankündigte: die brutalsten und folgenreichsten Einschnitte in die Leistungen für Arbeitslose, im Gesundheitswesen und im Arbeitsrecht, die je eine deutsche Nachkriegsregierung in Angriff genommen hat.¹ Die Gewerkschaften kritisierten die Rede als „sozial unausgewogen“, aber sie belassen es beim verbalen Protest, obwohl der Kanzler damit sein Wahlversprechen brach, das er ein halbes Jahr zuvor gegeben hatte. Im Sommer 2002, mitten im Wahlkampf zur Bundestagswahl, hatten führende VertreterInnen von IG Metall und ver. di² in der Hartz-Kommission³ gesessen und ihr Ergebnis mitgetragen, unter der Voraussetzung, dass das Niveau der Arbeitslosenhilfe nicht abgesenkt werde. Nun verkündete Gerhard Schröder, der Bezug des Arbeitslosengelds werde gekürzt und die Arbeitslosenhilfe abgeschafft.

Sparflut und Teuro

Seine Rede entfesselte eine Flut von „Spargesetzen“ in Bund, Ländern und Gemeinden, die wie ein Rasenmäher über die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, auch über Bildung, Kultur und öffentliche Einrichtungen jeder Art hinweggehen, so dass mit einem Schlag den Menschen die dreifache Last des Teuro⁴ aufgebürdet wird: Streichung der Mindestsicherung bei steigender Erwerbslosigkeit, Erhöhung

der Arbeitsplatzunsicherheit, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Die Rede läutete einen „Systembruch“ ein. Das wollten anfänglich viele nicht begreifen. Die Gewerkschaften setzten alles daran, die SPD wie gewohnt in informellen Gesprächen umzustimmen. Die Demonstration von ver. di gegen die Pläne zur Gesundheits „reform“ am 17. Mai 2003 und die regionalen Mobilisierungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) eine Woche später vermieden den offenen Konflikt noch, mehr als eine Drohkulisse sollten die Demonstrationen nicht sein. Entsprechend mager fielen sie aus, viele kehrten davon eher frustriert nach Hause. Eine Demonstration am 1. Juni vor dem Sonderparteitag der SPD in Berlin versammelte gerade mal 1000 Menschen, obwohl etliche Berliner Gewerkschaften dazu aufgerufen hatten. Es war nicht ernst gemeint.

Erst als der Kanzler auf diesem Parteitag dem DGB-Chef Michael Sommer die Tür vor der Nase zuschlug, verstand man auch in den oberen und mittleren Etagen der Gewerkschaften, dass „der politische Partner abhanden“ gekommen war. Das hat die Gewerkschaften Monate lang gelähmt; der Anstoss zum Massenprotest, der nicht mehr bittelt, sondern Widerstand ankündigt, kam dann von den Erwerbslosen, den Anti-Hartz-Bündnissen, den Kräften der radikalen Linken.

Im September begann auf lokaler und regionaler Ebene eine Welle von Massenprotesten: vor allem Polizisten, RentnerInnen und Sozialverbände gingen auf die Strasse. Düsseldorf sah am 24. September eine Demonstration von 30.000 Teilnehmenden, Wiesbaden am 18. November (einem Werktag) eine Demonstration von 50.000 Teilnehmenden. Insgesamt gab es in den Monaten September und Oktober dreissig grössere Protestaktionen.

Am 1. November versammelten sich in Berlin unerwartet 100.000 Protestierende aus dem ganzen Bundesgebiet. Der größte Teil davon kam allerdings aus Berlin und hatte sich dem Demonstrationzug spontan angeschlossen. Damit wurde ein neues Tor aufgestossen, und wie das Feld

dahinter bestellt ist, das wird gerade erkundschaftet. Immerhin lassen sich ein paar Merkmale festhalten:

Das Ende der Geduld

Die Rücksichtnahme auf eine angeblich befreundete rot-grüne Regierung ist vorbei, die Geduld der Menschen auch. Eine Umfrage nach dem 3. April hat ergeben, dass inzwischen zwei Drittel mit dem Kurs der Bundesregierung unzufrieden sind. Die Proteste entladen sich nicht allein in Demonstrationen; in den Gewerkschaften hat ein tiefgreifender Prozess der Neuorientierung begonnen, während die SPD-Führung auf manchem Parteitag tumultartige Szenen erlebt. Die Proteste richten sich auch nicht allein gegen die Bundesebene. In Hamburg, Bremen und Berlin sind Volksbegehren gegen die geplante Privatisierung von Krankenhäusern angelaufen; in Berlin ist ein Volksbegehren gegen den vom SPD-PDS-Senat vorgelegten Landeshaushalt zugelassen worden. In den Kommunen sind die Folgen der „Spar“ politik mit am stärksten spürbar.

Die SPD hat in den vergangenen zwölf Monaten 100.000 Mitglieder verloren; zuvor hatte sie 1999 bei den Kommunalwahlen im bevölkerungsreichsten und traditionell SPD-orientierten Bundesland Nordrhein-Westfalen einen historischen Absturz erlebt und zahlreiche Rathäuser an die CDU abgegeben; die Kette der Wahlniederlagen hat sich im März 2004 bei den Landtagswahlen in Hamburg fortgesetzt. In diesem Jahr hat die SPD noch ein Dutzend Wahlen zu bestehen, und es gehört kein seherisches Vermögen dazu zu sagen, dass sie unter ihnen begraben werden wird.

Die Reaktionen der Regierung auf die Massenproteste erschöpfen sich in Unbeweglichkeit; immer wieder wiederholen ihre Sprecher, es gebe zu ihrer Politik keine Alternative und die CDU werde alles nur noch schlimmer machen. Aber diese Tatsache hat aufgehört, die Menschen zu schrecken. Sie fangen an zu verstehen, dass sie eine Alternative jenseits

Dieser Beitrag wird auch in der Sozialistischen Zeitung (www.soz-plus.de) veröffentlicht.

neue Chancen



Berlin, am 3. April.

Foto Noto Florian

der im Bundestag vertretenen Parteien suchen müssen.

Die Regierung hat trotz der Durchhalteparolen aber auch zu verstehen gegeben, dass sie bis zur nächsten Bundestagswahl keine neuen Grausamkeiten mehr aufliegen will; allerdings würden die begonnenen Maßnahmen zu Ende geführt. Grosse bürokratische Schwierigkeiten hat sie beim Arbeitslosengeld (ALG) II, das an die Stelle der Arbeitslosenhilfe getreten ist; es ist bislang unklar und Gegenstand politischen Streits, wer das ALG II auszahlen soll, die Kommunen oder die neue Bundesagentur für Arbeit. Des weiteren droht sie damit, die Unternehmer zu einer Ausbildungsplatzabgabe zu zwingen, damit Lehrstellen geschaffen werden. Mit solchen Maßnahmen versucht sie, recht-

zeitig im Vorfeld der Bundestagswahlen 2006 Boden gut zu machen. Den Erfolg wird man sehen; sie handelt sich damit allerdings auch eine Unbeweglichkeit ein, die niemanden zufrieden stellen wird, weder die Unternehmer noch die Lohnabhängigen.

Wahlalternative oder Linkspartei ?

Eine Antwort auf die Einsicht, dass die SPD nicht mehr zu einer Umkehr zu bewegen ist, bilden die Bemühungen auf verschiedenen Ebenen, eine Wahlalternative für das Bundestagswahl 2006 vorzubereiten. Die Initiative dazu geht vom mittleren (und Teilen des oberen) Funktionärskörpers der Gewerkschaften aus. Die „Wahlalternative 2006“ hat Rückhalt bei einigen Landesbezirksvorständen von

ver. di, wobei die Initiative dazu nicht von der neu gegründeten verdi-Linken ausgeht, sondern beim Kreis um die Zeitschrift Sozialismus und bei Teilen der Memorandum-Gruppe liegt.⁵ Die Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist parallel entstanden und geht vor allem von der bayrischen IG Metall aus.⁶ Ihr prominentestes Mitglied ist Klaus Ernst, der auf dem Gewerkschaftstag im vergangenen Oktober gegen Berthold Huber für den stellvertretenden Vorsitz kandidiert hatte und diesem knapp unterlegen war. Am 6. Juni werden die beiden Initiativen sowie weitere Interessierte auf einem gemeinsamen Kongress in Berlin beraten, auf welcher Grundlage sie 2006 antreten wollen. Bisher lesen sich ihre Texte als der Wunsch: „Wir wollen unsere alte SPD wieder haben.“ Doch das ist eine ▶

Illusion. Das Rad läßt sich nicht zurückdrehen. Jede Wahlinitiative, die sich außerhalb des Rahmens der neoliberalen Politik stellt, wird zwangsläufig mit den neuen Verhältnissen konfrontiert: der zunehmenden Prekarisierung der Existenzbedingungen, der notwendigen gewerkschaftlichen Neuorientierung, der Globalisierungskritik und der davon ausgelösten Bewegung, der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der EU-Osterweiterung und ihren sozialen Folgen. Sie wird die alte, stets neue Frage beantworten müssen, wie sie politische Wirksamkeit definiert: ob als Wirken im Rahmen der bestehenden Institutionen, oder als Konstruktion eines sozialen Subjekts. Insofern haben die Gewerkschaftsfunktionäre mit SPD-Parteibuch, die es gewagt haben, den Tempelbezirk zu verlassen, einen Schritt gemacht, von dem sie selbst nicht wissen, wohin er führt. Gegen sie läuft ein Parteiausschlussverfahren, das sie kalt lässt, eher blamiert es die Parteiführung. Darüber hinaus fühlen sich breite Teile der Aktiven auf der Linken und der extremen Linken von dem Projekt angezogen und werden versuchen, es zu beeinflussen. Die Initiatoren versuchen, sich „gegen die Unterwanderung“ zu schützen, indem sie die Teilnahme restriktiv halten. Ob sie das durchhalten können, ist fraglich, und wenn sie es durchhalten, setzen sie einen Teil ihres Erfolgs aufs Spiel.

Bei all diesen Schwächen muss man eins sehen: Dies ist der erste politische Formierungsversuch auf der Linken seit dem Bestehen der BRD, der auf dem Boden der sozialen Frage entsteht und aus dem Herzen der organisierten Arbeiterbewegung kommt. Hier wird nicht mehr Altes abgewickelt, sondern Neues versucht. Es wird darauf ankommen, auch auf diesem Feld einen langen Atem zu entwickeln.

Neue Perspektiven der sozialen Bewegung

Mindestens ebenso spannend ist die Entwicklung der sozialen Bewegung. Seitdem das Bündnis für Arbeit⁷ zum zweiten Mal geplatzt ist und in den Gewerkschaften offen der Verlust des politischen Partners beklagt wird, stellt sich für die Gewerkschaften natürlich die Frage, wie sie in Zukunft ihre Anliegen durchsetzen können. Eine Antwort darauf ist die Herstellung breiter sozialer Bündnisse, die geeignet sind, die Menschen zu mobilisieren und einen außerparlamentarischen Druck aufzubauen. Solche Bündnisse sind in den letzten Monaten sehr zahlreich in vielen größeren und kleineren Städten entstanden; manchmal sind es

auch regionale Bündnisse, manchmal nennen sie sich Sozialforen und manchmal werden sie von Gewerkschaften initiiert; vor allem verdi spielt dabei (regional unterschiedlich) eine aktive Rolle. Ein ganzer Flickenteppich ist auf diese Weise entstanden, und die Dynamik geht in die Richtung der Bündelung und Zusammenfassung der Kräfte. Ihre Fortentwicklung speist sich nicht allein aus der Agenda 2010, auch aus den Privatisierungsvorhaben auf kommunaler Ebene, aus den Forderungen der Erwerbslosen nach einem Mindesteinkommen, von dem man in Würde leben kann, aus den fortwährenden Angriffen auf Löhne und Arbeitszeiten. Die nächste Herausforderung ist hier die Kündigung der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst durch die Bundesländer. Die Innenminister wollen die Arbeitszeiten verlängern von jetzt 37,5 Stunden pro Woche auf 41 und 42 Wochenstunden – bei gleich bleibender Bezahlung, versteht sich.

Auf diese Weise wird der soziale Aufruhr weiter geschürt und die außerparlamentarische Bewegung entwickelt sich parallel zu den Versuchen der politischen Neuformierung.

Der 1. November 2003 wurde im wesentlichen von den Kräften der radikalen Linken vorbereitet; der 3. April 2004 hat zwei Vorbereitungsstrukturen gesehen, den Apparat des DGB und eine Aktionskonferenz, die von der radikalen Linken bis zur Gewerkschaftslinken, den Erwerbslosen und Attac ein breites Spektrum umfasste. Nach dem 3. April geht die Tendenz dahin, den Rahmen der Aktionskonferenz aufrecht zu erhalten als eine unabhängige Struktur, die ein von den gewerkschaftlichen Vorständen eigenständiges Agieren erlaubt. Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen für die Organisierung eines ersten deutschen Sozialforums im Juni 2005 an; es soll mindestens 10.000 Menschen anziehen und kann zu einem phantastischen Kristallisationspunkt von alternativen Inhalten und Strukturen der Gegenwehr werden.

Parallel dazu werden wichtige Kongresse organisiert, die der sozialen Bewegung weitere Orientierung vermitteln. Dazu zählt ein Perspektivenkongress Mitte Mai, der ursprünglich von verdi angeschoben wurde, inzwischen aber von einem breiten Bündnis getragen wird, zu dem auch der Runde Tisch der Erwerbslosen und Attac gehören.⁸ Dieser Kongress ist charakteristisch für die Zusammenarbeit, die sich in letzter Zeit zwischen Teilen der Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen entwickelt hat;

sie erstreckt sich nicht nur auf organisatorische Fragen, es steht auch das Bemühen dahinter, über Organisationsgrenzen hinweg zu gemeinsamen Antworten zu kommen, z.B. in der Frage Grundeinkommen vs. Recht auf Arbeit. Die Sozialforumsbewegung, vor allem das Europäische Sozialforum, hat dazu wertvolle Antöße geliefert. Viele Mauern von früher sind gefallen, das ist vielleicht der wichtigste Trumpf der neuen Bewegung.

Der 3. April gibt der aufsteigenden Bewegung neuen Schwung und öffnet neue Türen. Vieles ist in Bewegung gekommen, vieles scheint derzeit möglich, was vor einem Jahr noch undenkbar war. Das geht nicht unbegrenzt; wir haben ein Zeitfenster bis zum Abtritt der SPD-Grüne-Regierung. Der kann auch vor dem Wahltermin 2006 passieren. ■

1. Siehe dazu den Beitrag von Peter Streckeisen in Debatte 6, Juli-August 2003 (S. 8-11). (Red.)

2. Ver. di ist die grosse deutsche Gewerkschaft des öffentlichen Sektors. Sie entstand erst vor kurzer Zeit durch die Fusion zahlreicher sektorspezifischer Gewerkschaften. Die IG Metall organisiert die Lohnabhängigen in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft (insbesondere Automobilindustrie). (Red.)

3. Bundeskanzler Schröder hat während der Kampagne für die Bundestagswahl 2002 eine so genannte Expertenkommission gegründet, die Vorschläge zur „Reform“ des deutschen Arbeitsmarkts ausarbeiten sollte. Die Leitung dieser Kommission wurde dem VW-Personalchef Hartz anvertraut... (Red.)

4. Der Ausdruck des „Teuro“ hat sich in Deutschland eingebürgert, um die mit der Einführung des Euro verbundenen Auswirkungen auf den Anstieg der Preise für Lebensmittel und Konsumgüter zu bezeichnen. (Red.)

5. Vgl. dazu die Webseite www.wahlalternative.de. Eine interessante Stellungnahme zur Diskussion über eine neue Linkspartei ist auf der Webseite von Linksruck (www.linksruck.de) zu finden. (Red.)

6. Vgl. dazu die Webseite www.initiative-asg.de (Red.)

7. Bundeskanzler Schröder hatte in neo-korporatistischer Art und Weise SpitzenvertreterInnen der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände zu Gesprächen über die „Reform“ des deutschen Arbeitsmarktes geladen und diesen „Runden Tisch“ (wie man es in der Schweiz nennen würde) als Bündnis für Arbeit bezeichnet.

8. Informationen zu diesem Kongress sind zu finden unter www.perspektivenkongress.de (Red.)

Nein zu Bildungsabbau, Arbeitslosigkeit, Sozialkahlschlag und Krieg

Kämpfen wir gemeinsam für eine andere Zukunft!

Feministisches, antikapitalistisches und sozialistisches Weekend zu folgenden Themen: Frauenaufbruch – Arbeitskampf – Bildungsabbau – Ökologie – Rassismus – Antikrieg – Antiimperialismus

Eine andere Welt ist möglich: Wie wär's mit Sozialismus?

Bildung mal anders, politische Diskussion, Fest... von Jungen, für Junge!

Freitag abend, 14. Mai bis Sonntag, 16. Mai 2004 in Sarnen (OW)

Programm des Weekends

Freitag, 14. Mai Abend:

Ankunft in Sarnen. Essen. Am Abend Film, Spiele, Musik, Singen...

Samstag, 15. Mai

9h00-11h00 Feminismus

Warum die Frauen wütend sind: Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen in der Schweiz. Wie kämpfen die Frauen weiter für ihre Rechte, nach der grossen Mobilisierung am Frauentag vom 8. März?

11h15-12h30 Prekäre Arbeit der Jungen

Junge ArbeiterInnen kämpfen um ihre Arbeit und ihren Lohn. Wie der Kampf der Lohnabhängigen wieder aktuell wird in der Schweiz

14h00-16h00 Ökologie

Die ökologische Krise im Kapitalismus.

Das Beispiel von Nestlé als globaler Umweltzerstörer

16h15-18h30 3 parallele Ateliers

Anti-Krieg: 2 Millionen auf der Strasse am 20. März 2004 gegen die Besetzung im Irak. Wie wehren wir uns gegen den permanenten Krieg von Bush und seinen Alliierten?

Bildung: Die Angriffe auf das Recht auf Bildung. Was ist unsere Antwort darauf?

Rassismus: Eine Spaltungspolitik gegenüber den Lohnabhängigen und den Unterdrückten. Wie bekämpfen wir das?

Abend: Film, Gesellschaftsspiele, Singen, Disco

Sonntag, 16. Mai

9h00-10h30 et 10h45-12h30

Allgemeine Diskussion über die Situation in der Schweiz heute, ausgehend von den Diskussionen am Samstag.

Welche Möglichkeiten der Aktion und gemeinsamen Organisation gibt es, um unsere Kämpfe und Forderungen voranzubringen? Warum eine revolutionäre Organisation?

Praktisches zum Weekend:

Reise: Ein gemeinsamer, billiger Transport wird organisiert ab den grösseren Schweizer Städten. **Kosten:** Die Gesamtkosten für Unterkunft und Verpflegung betragen 60 Franken, für die Reise ungefähr 30 Franken. Falls du gerne kommen möchtest, es für dich aber zu teuer ist, dann kontaktiere uns und wir schauen für eine finanzielle Unterstützung.

Anmeldung und Informationen:

Ich melde mich zum Weekend vom 14.-16. Mai 2004 an: Nehmt mit mir Kontakt auf!

Schickt mir Infos der Bewegung für den Sozialismus (BFS)

Name:

Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ Ort:

E-mail:

Tel.:

Talon an eine der folgenden Adressen schicken: Zürich: bfs-zh@bluewin.ch – BFS, Postfach 8707, 8036 Zürich • Basel: bfs-bs@bluewin.ch – BFS, Postfach 2002, 4001 Basel • Bern: bfs-be@bluewin

Marxismus heute

Die BFS Zürich lädt zu einem Bildungs- und Diskussionszyklus ein. Es geht um die Aneignung der wichtigsten marxistischen Fragestellungen und Instrumente – was die Beteiligung an Debatten, die sich im Zusammenhang mit den Aktivitäten der BFS stellen, ermöglichen und die politische Praxis in einem längerfristigen, sozialistischen Projekt verankern soll. Mit Bezügen zu aktuellen Beispielen und Situationen soll der Zyklus Hinweise für die « tagespolitische Arbeit » von AktivistInnen in verschiedenen Bereichen (feministische Bewegung, gewerkschaftliche und soziale Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz, Schule und Universität, usw.) geben. Ein zweiter Bildungs- und Diskussionszyklus ist im Herbst 2004 geplant. Macht mit! Nächste Termine:

Mittwoch, 12. Mai, 19.30 Uhr. Die bürgerlichen Revolutionen

Modell für eine radikale Änderung der heutigen kapitalistischen und imperialistischen Gesellschaften? Bürgerliche Revolutionen und Klassenkämpfe, ideologische Auseinandersetzungen, Entstehung der « Parteien », Machtergreifung.

Mittwoch, 26. Juni, 19.30 Uhr. ArbeiterInnenbewegung, I

Die Lohnabhängigen haben im Verlauf der Klassenkämpfe eigene « Instrumente » entwickelt (Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteien, Streiks, Streikkomitees, Räte,...): welchen Stellenwert haben diese Erfahrungen für aktuelle und künftige Kämpfe?

Mittwoch, 1. September, 19.30 Uhr. ArbeiterInnenbewegung, II

Die Lohnabhängigen in der Schweiz: Über welche « Ressourcen » und « Instrumente » der Verteidigung und des Kampfes verfügen sie heute – ausgehend von ihrer Geschichte?

Wer die **Einladungen** zu den Kursen und die **Unterlagen** erhalten möchte, soll sich bitte per E-mail oder mit diesem Talon anmelden.

Name und Vorname:

Adresse:

E-mail: Tel.:

BFS/Debatte, Postfach 8707, 8036 Zürich, bfs-zh@bluewin.ch

Bürgerliche Offensive:

Perspektiven kämpferischer Gewerkschaftspolitik

Diskussion mit Matteo Pronzini, Gewerkschaftssekretär bei der GBI im Tessin und Mitglied der BFS

Donnerstag, 13. Mai, 19 Uhr
im Casa d'Italia, Bühlstrasse 57, Bern

ROSA LUXEMBURG TAGE 2004

28.-31. Mai in Berlin

Marxismus in Bewegung... Ein Kongress für alle, die die Welt verändern wollen! Über 50 Workshops, Seminare und Podiumsveranstaltungen über die wichtigsten Fragen der Linken und die Bedeutung von Marxismus heute. Mit Alex Callinicos, Jonathan Neale, Christine Buchholz, Ilona Plattner und viele andere AktivistInnen. Organisiert von: Linksruck. Info und Anmeldung: www.rosa-luxemburg-tage.de.

SOMMERCAMP DER REVOLUTIONÄREN JUGEND

24. bis 31. Juli bei Zaragoza in Spanien

Wie jedes Jahr treffen sich hunderte Jugendliche aus ganz Europa zum Sommercamp der Jugendorganisationen der 4. Internationalen zum diskutieren, festen, sich kennenlernen. Themen: Widerstand gegen Krieg, Bildungsabbau, Sozialkollaps. Infos und Anmeldung demnächst unter www.bfs-zh.ch.

DEBATTE-FORUM BASEL

Imperialismus und Kriege

Statt der von vielen Menschen erhofften „Friedensdividende“ nach dem Ende des Kalten Kriegs erleben wir eine sich verschärfende Spirale von Rüstungswettlauf und imperialistischen Kriegen (Serbien/Kosovo, Tschetschenien, Afghanistan, Irak). Führende Vertreter und Zeitschriften der internationalen Finanz- und Wirtschaftswelt treten offen für die Notwendigkeit eines „neuen Imperialismus“ ein. Weshalb bleibt der Kapitalismus ein System von imperialistischen Interessen und Kriegen? Welche Rolle spielen die USA, die NATO, die UNO, die führenden Staaten der EU?

Montag, 10. Mai 2004, 19 Uhr
Petersgraben 27 (2. Stock), Basel

Wir treffen uns einmal im Monat, um darüber zu diskutieren, wie der Kapitalismus funktioniert, wie wir ihn bekämpfen können und welche Alternativen es zu diesem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gibt. Weitere Diskussion am 14. Juni: Migration und Integrationspolitik.

Kontakt: Debatte Forum c/o BFS, Postfach 2002, 4001 Basel (bfs-bs@bluewin.ch).

Gegenstimmen – Gespräche über Globalisierung

In den vergangenen 20 Jahren haben wir den Siegeszug einer politischen Ideologie und Praxis erlebt, die immer weitere Lebensbereiche der Logik des Profits unterwirft. Gegen dieses Programm, dessen zerstörerische Wirkungen auf die Gesellschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen heute deutlich zutage treten, erheben sich immer mehr Gegenstimmen. Die „globalisierungskritische“ Bewegung will jedoch nicht nur die bestehende Ordnung kritisieren, sondern auch die Frage nach grundsätzlichen Alternativen zu einem Gesellschaftsprojekt, welches auf wirtschaftlicher Ausbeutung und Enteignung, ökologischer Zerstörung und militärischer Konfrontation beruht, aufwerfen.

attac und der Monde *Diplomatique* wollen einen Raum öffnen, in dem diese Gegenstimmen zu Wort kommen. Im zweimonatlichen Rhythmus werden in- und ausländische Gastreferent/innen und Publikum zu Vorträgen und offenen Diskussionsforen eingeladen. Ziel ist es, in zentralen gesellschaftspolitischen Bereichen neue Denk- und Handlungsräume zu eröffnen.

Donnerstag, 10. Juni: Medien von unten? Macht, Gegeninformation und Kommunikation. der Hunger der Konzerne.

Mit: Ignacio Ramonet, Chefredakteur *Le Monde Diplomatique* und Gründer von *attac* Frankreich, Autor u.a. von *Die Kommunikationsfalle* (2003).

Weitere Veranstaltungen: **September 2004:** Die Welt ist keine Ware: Öffentliche Güter, Kultur und der Hunger der Konzerne; **November 2004:** McPlanet: Wirtschaftswachstum und/oder Rettung der Umwelt? **Januar 2005:** Geht uns die Arbeit aus? Globale Konzernstrategien und die Krise des Sozialstaats; **März 2005:** Die globalisierte Frau. Oder: Hat Armut ein Geschlecht? **Mai 2005:** Eine andere Welt ist möglich. Eine andere Schweiz auch?

Dachkantine, Toniareal, Förrlibuckstrasse 109, Zürich 5, jeweils ab 20.00 Uhr.

Eine Veranstaltungsreihe von attac und dem *Monde Diplomatique*. Unterstützt von: Bewegung für den Sozialismus (BFS), dachkantine, Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI), Movendo, *WoZ Die Wochenzeitung*. **Infos:** www.gegenstimmen.ch

EUROPÄISCHES SOZIALFORUM 2004

Another world is possible.

14. bis 17. Oktober in London